

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Beleglohn, bei Selbstabholung 10 Pfennig. Einzelhefte halbjährlich 1 Mark und zwar mit Einschluß der Sonntags- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unserem Vater und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, O. m. B. & Co. Bernauerhof, bei Borsdorf u. Wirtschaft Arthur Wolfenbützel, für den übrigen Teil Richard Matthesius, für Helme u. Insaule Carl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnette oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Weltweite 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehende ist der bei Zeitung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfach 204, Halberstadt 4626 und Volkshandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 33.

Mittwoch, 8. Februar 1928.

3. Jahrgang.

Der Völkerbund bleibt in Genf.

Die Veröffentlichung eines Artikels in der Pariser Zeitung „Ceiffior“ in dem für die Verlegung des Völkerbundes in Genf nach Wien Stimmung gemacht wird, hat in einem Teil der deutschen Presse aufgeregt Kommentare ausgelöst. Man erklärt in diesem Artikel eine „französische Propaganda gegen den Völkerbund“, weil von dem Augenblick an, wo Österreich den Sitz des Völkerbundes beiderhalten würde, der Neutralitätscharakter des Landes automatisch und auf unabsehbare Zeit antantioniert wäre.

Diese Aufregung steht in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Sachverhalt. Die Wahrheit ist, daß einige angelegentlich Journalisten vor längerer Zeit einen Vorschlag im Sinne der Verlegung des Völkerbundes in Wien gemacht haben, nicht etwa, um dunklen, hypochondrischen Zielen zu dienen, sondern lediglich, um sich Stoff für sensationelle Reportagen zu verschaffen. Der Vater der Idee ist ein Amerikaner, White Williams, derzeitiger Vorsitzender der Vereinigung der Völkerbundjournalisten, der sich in Genf langweilt. Er hat vor kurzem nach Wien fahren wollen und dort, bei dem Dankeschreiben, ihrer Wege, ihren Kaufmann, ihrem Leben und Treiben bei Tag und bei Nacht beglücklicht. Von diesem Augenblick an legte er sich in seinem Blatt, den „New York Times“, für den Gedanken der Verlegung mächtig ins Zeug. Diese in seinem Kopfe entstandene Idee für ihn auch zugleich den Vorwand für eine ganze Anzahl von Interviews mit österreichischen Persönlichkeiten für eine Frage: Wie denken Sie über Wien als Völkerbundssitz?

Da Mr. Williams ein unter den Vertretern der internationalen Presse sehr beliebter Kollege ist und da er nicht der einzige Journalist ist, der sich in der großen Weltstadt langweilt, ist es ihm gelungen, verschiedene Pressevertreter für seinen Vorschlag zu interessieren. Der Vizepräsident des „Ceiffior“, der zugleich Vertreter der englisch-amerikanischen Nachrichtenagentur „Reynolds Telegraph“ ist, hat nun den Gedanken Williams zum Gegenstand eines Artikels gemacht. Da aber dieser deutsch-englische Journalist ein Bureau vernünftiger, feinsinniger deutschstämmiger Mann ist,

hat er ausdrücklich unterrichtet, daß der Plan gar nicht gegen den Gedanken des Anschlusses gerichtet sei. Gerade das aber macht die deutschsprachige Presse mißtrauisch und schon wird von ihr gegen diese „neue französische Intrige“ Alarm geschlagen.

In Wirklichkeit ist die ganze Angelegenheit schon deshalb nicht ernst zu nehmen, weil außer den betreffenden Journalisten und einigen Beamten des Sekretariats, denen die Wiener Wädel mit Recht sympatischer sind als die Genferinnen, niemand ernsthaft die Verlegung wünscht. Chamberlain denkt nicht daran, die von ihm ohnehin als lästig empfundene viermalige Reise im Jahr zum Völkerbundssitz um etliche 15 Stunden zu verlängern; Briand ist froh, daß Genf nur 10 Stunden von Paris entfernt ist und über Nacht erreicht werden kann; Stresemann wird sich hüten, ein neues überflüssiges Hindernis gegen den Anschluß mutwillig aufzurichten; Scialoja würde sich im roten Wien als Vertreter der sozialistischen Regierung nicht übermäßig wohl fühlen — kurz, alle maßgebenden Mächte sind sich darin einig, an Genf festzuhalten. Außerdem wird demnach die Entschädigung über den Entwurf eines neuen Völkerbundesstatuts am Herd des Genfer Sees fallen und mit dieser Millionenausgabe wird zugleich das Problem, ob Genf oder Wien, endgültig gelöst sein, (sofern es überhaupt jemals ein solches Problem gegeben hat). Dann wird auch Mr. White Williams sich nach einem anderen Stoff für seine Sensationsreportagen umsehen müssen.

Dementi des Völkerbundes.

Berlin, 7. Februar. (Hf.) Das Völkerbundssekretariat hat, wie uns aus Genf gemeldet wird, am Montagabend alle Meldungen demontieren lassen, denen zufolge irgend ein greifbarer Plan, der sich auf die Verlegung des Völkerbundes nach Wien bezieht, an irgendeiner Stelle bekannt wäre.

Das Ende eines Märchens.

Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitslosigkeit.

In den letzten Wochen sind in der Reichspresse, vor allem in den Organen des Landvolkes, ungerechtfertigte Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung gerichtet worden! Man erklärte den Sprung der Arbeitslosenziffern während des letzten Winters turezueinander mit dem Begriff der Bedürftigkeitsprüfung. Richtig ist, daß vor allem in den ländlichen Bezirken eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen ist. Wenn auch die amtlichen Stellen in den letzten Tagen in einer sorgfältigen Bestimmung, als eine Ursache für die Zunahme den Bericht auf die Bedürftigkeit als Voraussetzung für die Unterstützung bezichtigt haben, so muß demgegenüber auf Grund einer inzwischen erfolgten genaueren Nachprüfung der Ziffern daran festgehalten werden, daß in der wesentlichen Ursachen der sprunghaften Steigerung der Unterstütztziffern der Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung nicht mit eingewirkt haben kann. Zu diesem Resultat kommt auch eine Darstellung, die jedoch im Reichsarbeitsblatt Nr. 4 vom 1. Februar 1928, nichtamtlicher Teil) veröffentlicht wird.

Aus der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung geht hervor, daß bei vorläufiger Schätzung die Zahl der Fälle, in denen Unterstützungsbedürftigkeit mangels vorliegender Bedürftigkeit abgelehnt wurden, mit 5 Prozent der Zahl der Unterstützten zusammengefaßt angenommen werden dürfen. Wenn man nun von der durchschnittlichen Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der bisherigen Erwerbslosenversicherung, bzw. Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 mit rund 90 Millionen Personen ausgeht, dann bedeutet, so wird in der Darstellung des Reichsarbeitsblattes herangezogen, die vorerwähnten 5 Proz. eine Zahl von 4500000 Personen, mit deren Mehrerhebung in die Versicherung zu rechnen war. Daß diese Zahl an der Jahreswende 1927-28 sich in diesem Rahmen gehalten hat, ergibt sich aus den Erhebungen. Danach sind in den 13 Landarbeitsamtsbezirken die Zu- und Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger in Orten mit weniger als mehr als 10000 Einwohnern zusammengefaßt worden. Wenn man auch die nach der Erwerbslosenversicherung geschiedenen Unterstützten ziffern nicht vollkommen mit den statistischen Ziffern „Stadt“ (mehr als 10000 Einwohner) und „Land“ (weniger als 10000 Einwohner) identifizieren kann, so kann man doch von der Annahme ausgehen, daß in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern der Arbeitsmarkt in größerem Umfang von Handel und Industrie beeinflusst wird, während in den Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern die Abhängigkeit von der Landwirtschaft vorwiegend besteht. Während die Zahl der Ablehnungen wegen mangelnder Bedürftigkeit in den industriellen Bezirken sicherlich nur eine sehr geringe Rolle gespielt hat, ist im Gegensatz dazu die Bedeutung der Bedürftigkeitsprüfung in den landwirtschaftlichen Bezirken ohne Zweifel eine weitaus größere gewesen. Wenn man in den Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken die Entlastung während des Jahres 1927 betrachtet, so zeigt sich, daß sich Zunahmen von Unterstützten nur in den Landesarbeitsamtsbezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niederelbe ergeben, während die Unterstütztziffern in Orten mit weniger als 10000 Einwohnern

in den übrigen Landesarbeitsamtsbezirken mehr oder minder geringer sind als am 1. Januar 1927. In den 6 Bezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niederelbe beträgt nun die Zunahme im Ort mit weniger als 10000 Einwohnern insgesamt rund 486000 Personen.

„Diese Ziffer“, so heißt es in der Darstellung des Reichsarbeitsblattes, „wird man im Höchstfalle als die anzunehmende, die man durch den Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung als Wahrungung in die Arbeitslosenversicherung ansetzen kann. Sie liegt somit in der Höhe der bei Vorbereitung des Gesetzes in Rechnung gestellten 5 Proz. der Unterstütztziffern. Man kann also in die wesentlichen Ursachen der sprunghaften Steigerung der Unterstütztziffern den Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung nicht miteinreihen.“

Damit dürfte die Besorgende gegen die Arbeitslosenversicherung erledigt sein.

Die Angst vor den Wahlen.

Erst die Kandidaten bezeichnen.

Berlin, 7. Februar. (Hf.) Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Paul Bäcker stellt heute in der „Deutschen Tageszeitung“ fest, daß die bisher von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen zur Rettung der deutschen Landwirtschaft nur einen „Anfang“ bedeuten. Er erwartet weitere Maßnahmen und wendet sich deshalb gegen Neuwahlen „ohne zwingende Not“. Erst müsse mindestens das Hilfswort für die Landwirtschaft abgeschlossen sein. Vor allen wirtschaftlichen Rücksichten sieht heute in Deutschland die Richtigkeit darauf, daß unterer Landwirtschaft nicht verfallen dürfe. Dieser vor allem geltend für die jetzigen Regierungsparteien der Zentrum und die Bauern und darum die Pflicht, solange zusammenzuhalten, wie sie die Möglichkeit zu politischen Schritten haben.“

Schäfermann kann die Not der Landwirtschaft in parteipolitischen Interesse nicht ausgeschaltet werden. Auf einmal muß sie dazu gehalten, die bewährteste Maßnahme der Deutschen Nationalen so lange als möglich hinauszuschieben. Als wenn in übrigen eine andere Regierung wirklich bestehend! Das ist mindestens ebenso lächerlich wie das Bürgerrot-Kabinett, das in Wirklichkeit nur Großgrundbesitzer und keine Bauern kennt.

Krach um Luther.

Berlin, 7. Februar. (Hf. Funke.) Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Der Kreisverband der Deutschen Landwirte (LWV) hat, der bei der letzten Reichstagswahl ein Viertel aller für die Deutsche Volkspartei abgegebenen Stimmen aufgebracht hat und jetzt für die Kandidatur Dr. Luther eingetreten ist, die Wahlkreisausschließung am letzten Sonntag verlesen, nachdem sein Antrag, die Kandidatenfrage von der Tagesordnung abzulehnen, abgelehnt wurde. Die Kandidaten sind also ohne Mitwirkung des Kreisverbandes benannt worden.

Mit anderen Worten: Krach um Luther! Aus seiner Kandidatur ist trotzdem nichts geworden.

Schlecht geleimt.

Die Differenzen im Zentrum.

Bochum, 6. Febr. (Hf.) Am Sonntag wurde in Hamm in Westfalen der Parteitag für die westfälische Zentrumspartei abgehalten. Reichstagsminister Marx, der das Hauptreferat halten sollte, war durch Krankheit am Erscheinen verhindert. An seiner Stelle sprach Dr. Schreiber. Er deutete an, daß eine Einigung in der Schulfrage nicht mehr zu Stande kommen werde und erklärte, daß die Regierungsrücktritte, die bei der Bildung des Bürgerblocks aufgeführt worden seien, auch für jede mögliche Koalition die Regierungsrücktritte bilden würden. Am Mittelpunkt der Tagung stand eine Rede des Abgeordneten



Heinrich Imbusch.

Er führte aus, daß wir haben erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei gehabt. Es handelt sich nicht um persönliche Gegensätze. Es handelt sich um die wesentlichen tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten. Deshalb ist die Angelegenheit nicht mit einer leichten Erklärung aus der Welt zu schaffen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, die Wähler aufzuklären und offen in der Partei zu reden, denn schließlich sind die Wähler und nicht die Zentrale in Berlin die wichtigsten Anstöße. Ich stelle ausdrücklich fest, die Differenzen sind noch nicht erledigt, sie sollen sich nicht erledigen durch schöne Erklärungen, dafür können sich die Arbeiter heute kein Pfund Brot kaufen. Meiner Zustimmung nach hat die Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Dingen folgende Aufstellungen vertreten. Das gute Herz, welches man für die Beamten offenbart, solle man auch für die Arbeiter haben. Es ist das Notwendigste, daß wir für jeden Arbeiter Arbeit und Brot schaffen. Die Partei hat die Pflicht, nach dem Rechten zu sehen.“

Zahlreiche Arbeitervertreter stimmten in einer Diskussion Imbusch zu. Danach sprach Abg. Steigerwald, der ebenfalls sehr heftig die Haltung des Zentrums in der Frage der Besoldungsordnung kritisierte und forderte, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung des Arbeiters verbessert werden müsse. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die westfälische Zentrumspartei einmütig auf den Boden der Entschiedenheit stellt, die am 29. Januar in Berlin durchgeführt wurde. Sie erneuert sie in allen Teilen und erneuert das Bekenntnis zum heutigen Staat.

Der Leim vom 29. Januar hat nicht lange gehalten, der Riß in der Zentrumspartei fließt als neue. Die Zentrumspartei, die auf dem Parteitag der westfälischen Zentrumspartei erheblichen Einfluß hatten, haben das Manöver in ihrem Sinne ausgeführt, im Sinne des Klassenkampfes der christl. Arbeiter innerhalb des Zentrums. Selbstverständlich sind die Differenzen im Zentrum nicht erledigt. Große soziale Gegensätze lassen sich nicht durch Erklärungen aus der Welt schaffen. Die Regierung des Bürgerblocks hat das ihre getan, um die Klassengegensätze zu verschärfen. Diese Wirkung von einem Jahr Reichspolitik läßt sich nicht aus der Welt schaffen, selbst wenn die Führer des Zentrums angesichts der bevorstehenden Wahl übereinkommen, sich zu verlegen.

Die Dinge sind nicht mehr in ihrer Hand. Es sind stärkere Kräfte, die im Zentrum wirken, als geschickte Regierkräfte der Führer. Herr Marx ist zu wenig frei wie die Herren Steigerwald und Imbusch. Es sind die sozialen Kräfte des Großbürgerums, der hohen Beamten, der politischen Routiniers im Zentrum, die Herrn Marx nach rechts gezogen haben. Wenn Herr Steigerwald gegen Herrn Marx aufbegehrt, wenn Herr Imbusch in fernerer Sprache offen herauskommt, was ihm, so werden sie vorwärts getrieben durch die täglich wachsende Erregung in den Reihen der Zentrumspartei. Herr Imbusch würde, wenn er seinen Bericht des letzten Reichstages, des Manöver vom 29. Januar bei der Anwesenheit des hohen Zeitlers, mit Spannung empfangen werden. Er muß dem Willen der Bergarbeiter Kundstun verfallen, wenn er nicht die Verbindung mit ihnen vertieren will.

Die Reichstagsaktion des Zentrums hat ihre Macht, die auf Stimmen der christlichen Arbeitervertreter beruht, gebraucht, um die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen zu treten. Die Unterstützung, die sie damit in die Reihen der Zentrumspartei getragen hat, ist so gewaltig, daß die Arbeiter die Zentrumspartei nicht nur unter dem Gesichtspunkt des politischen Willens, sondern

bedachten, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit mit der katholischen Weltanschauung. Die Bewegung der christlichen Arbeiter hat einen Punkt erreicht, der dem Zentrum gefährlich zu werden droht.

Die Differenzen gehen weiter: Die wichtigen politischen Entscheidungen innerhalb der Zentrumspartei liegen noch bevor. Sie gehen nicht um die Wahlparole, nicht um Worte von Manifessen, sondern um die Auswägung von Einfluß und Macht innerhalb des Zentrums. Von der Zusammenkunft der fünfzig Reichstagsfraktionen des Zentrums wird die Politik des Zentrums im kommenden Reichstag abhängen. Während Herr Siegemund und Herr Amsharov in der Debatte gegen Herrn Marx und die Politik der Zentrumspartei angehen, arbeiten ihre Gegenkräfte im geheimen. Der katholische Schachalé regt sich. Sein Führer, der Vorsitzende des Deutschen Schachalés, Fürst zu Sagan, hat die Parteiausführung des Zentrums vom 29. Januar beigegeben. Er ist ein entschiedener Vertreter des Gebotens, daß die Macht des katholischen Wels in der Zentrumspartei verliert werden müsse. Herr Marx, der Reichskanzler, hat niemals den Behauptungen widerprochen, daß er die Verhängung dieses Gebotens zugelassen habe. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet die förmliche Zentrumspresse, die dem Einfluß des katholischen Wels unterliegt, den Kampf für Marx gegen Siegemund und Amsharov am heftigsten geführt hat. Mit dem katholischen Wels regt sich das hohe Beamtentum. Die Pläne, den des Separatismus beschuldigten Einigungsminister Brücker, Bonn als Zentrumsumgeordnet in den Reichstag zu bringen, lassen Absichten und Stärke der reaktionären Tendenzen im Zentrum erkennen.

Und die Zentrumspartei? Der „Deutsche“ des Herrn Siegemund fordert Stärkung ihres Einflusses. Er schreibt: „Am übrigen gehen wir der Zentrumspartei über den Kopf, durch rege Mitarbeit in allen öffentlichen Parteiveranstaltungen, die dem Reichstag zu machen, wie stark die Arbeitslosigkeit ist.“ Herr Amsharov redet starkes Wort. Aber was haben die Vertreter der Zentrumspartei bisher praktisch erreicht? Ein Stück bedrucktes Papier. Was werden sie erreichen? Wahlerverprechungen! Die anderen aber — die Mandate. Was will heißen, die Entscheidung, den Einfluß auf den kommenden Reichstag, die Wahlposition im sozialen Kampf. Die Zentrumspartei aber werden wahrscheinlich wieder weitere vier Jahre lang das Rad drehen haben.

Mieter gegen Bürgerblock.

Berlin, 7. Februar. (Eg.) Anläßlich der heute im Reichstag beginnenden Beratungen über den Mieterfuß veranlaßte die Dringensgruppe des Reichstages den Ausschuss für die Unterbringung der Reichsangehörigen der freien Gewerkschaften am Montag abend in Berlin eine öffentliche Kundgebung. Am Verlauf seiner Ausführungen stellte der Vorsitzende des Reichstages Deutscher Mieter fest, daß heute alle bürgerlichen Parteien dem gegenständlichen Mieterfuß ablehnend gegenüberstehen, trotzdem z. B. allein in Berlin 165 000 Wohnungen stehen. Der zweite Redner, Landtagsabgeordneter Drigemüller, erklärte, daß sich die Hauszinssteuer um mehr als eine Beststeuer der Mieter erweise. Die Erhebungen der Stadt Kiel und anderer großer Städte hätten z. B. ergeben, daß die Veranlagung des Hausbesitzes zur Hauszinssteuer auf der Grundlage der vorläufigen Steuer zum Grundvermögen zu einer unerbittlichen Verdrängung des Hausbesitzes auf Kosten der Mietschicht führe. Nach vorläufigen Schätzungen würden auf diese Weise allein in Berlin jährlich mindestens 80 Millionen Reichsmark dem Wohnungsbau entzogen. Die außergewöhnlich stark besetzte Versammlung nahm zum Schluß der Kundgebung zwei Protestentscheidungen gegen die Politik des Bürgerblocks an und erklärte allen mieterfeindlichen Parteien im Wahlkampf die härteste Gegnerschaft.

Neue Regierung in Hessen.

Genosse Wieding als Nachfolger Ulrichs.
Darmstadt, 7. Februar. (Eg. Frankfurt.) Die Verhandlungen über die Neubildung der hessischen Regierung sind nunmehr so gut wie abgeschlossen. Die Wahl des Kabinetts erfolgt jedoch erst, nachdem die Demokraten in einer Landesparlamentarische Sitzung über die Vereinbarungen über die Zusammenlegung um die Politik der neuen Regierung Stellung genommen haben. Das Staatspräsidium und Kultusministerium übernimmt der bisherige Präsident des Landtages und Oberbürgermeister von Mainz.



Wieding (Soz.).

Genosse erhält die Sozialdemokratie des Innenministeriums. Sie präsentiert hierfür die Abgeordneten Beuschner, Zentrum und Demokraten erhalten je ein Ministerium. Die Finanzen übernimmt Rindberger (Zentrum). Das Arbeits- und Wirtschaftswesen wird unter Führung des demokratischen Reichstagsabgeordneten Kottel gestellt. Das Justizministerium soll, wie bisher, durch Ministerpräsident Dr. Schwarz verwaltet werden. — Die Wahl der neuen Regierung erfolgt voraussichtlich am 14. Februar. Anschließend wird Präsident Wieding die Programm-erklärung des neuen Kabinetts abgeben.

Nochmal Krensdorfer.

Am Mittwoch wird sich der Vorsitzende der Ortsgruppe des „Stahlhelm“ in Krensdorfer, der Landwirt Hoffmann, vor dem Amtsgericht für den Vorwurf wegen Verleumdung der Reichspartei zu verantworten haben. Hoffmann hat anläßlich der Krensdorfer Wahlen im Juli des vergangenen Jahres gegenüber mehreren republikanischen Verehrern von der Reichspartei als einer „Mordanschläge“ gesprochen.

Woher die hohe Arbeitslosenziffer?

Amliche Feststellungen.

Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Winter in besonders harter Kurve angestiegen. Während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 31. Oktober bis 31. Dezember 1928 von 1 805 203 auf 1 745 507, also um 440 304 anfiel, sprang sie in der gleichen Zeit des Jahres 1927 von 839 982 auf 1 188 274, also um 848 292. Die sprunghafte Entwicklung im Winter 1927/28 hat in der Öffentlichkeit zu Angriffen auf das Arbeitslosenversicherungsgesetz geführt. Verantwortlich für die Verschärfung der Verhältnisse der Arbeitslosigkeit durch die Reichsregierung gilt das Reichsarbeitsministerium schon jetzt einen allgemeinen Ueberblick über die Entwicklung der Dinge in diesem Winter auf Grund neuer statistischer Feststellungen.

Die Arbeitslosigkeit trägt nach der Auffassung der maßgebenden Stellen zurzeit viel stärker als im Vorjahre saisonmäßigen Charakter. Während Ende Dezember 1926 etwa 50 Proz. der Arbeitslosen mehr oder minder ausgesprochenen Saisonberufen angehörten, sind es am gleichen Stichtag in diesem Winter 63,3 Proz. Mehr im Bauwesen betrug die Zahl der arbeitenden Sacharbeiter Ende Dezember 1926 — 215 138 gegen 217 028 Ende Dezember 1927. Auf der anderen Seite betrug die Zahl der arbeitenden Sacharbeiter in der Metallverarbeitung Ende Dezember 1927 nur 158 070 gegen 380 887 Ende Dezember 1926.

An den Angriffen auf die Arbeitslosenversicherung wird besonders von einer unnatürlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gemeinden gesprochen. An dem Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 1. Januar 1927 (1 746 597) in Höhe von 565 826 sind die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern mit 463 896 oder 42,6 Proz. die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern dagegen nur mit 106 728 oder 15,5 Proz. beteiligt. Der Rückgang in den ländlichen Bezirken ist zwar geringer als in den Gemeinden über 10 000 Einwohner; das erklärt sich aber daraus, daß sich auf dem Lande, soweit es nicht industriell durchdringt ist, konjunkturelle Einflüsse schwächer auswirken. Ebenfalls fällt folgende Erscheinung auf: In den Gemeinden über 10 000 Einwohnern ist in allen Bezirken ein Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger, wenn auch natürlich nicht überall gleichmäßig — Süddeutschland (z. B. über dem Durchschnitt — 35,5 Proz.), Pommern am tiefsten unter dem Durchschnitt — zu beachten, dagegen ist in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern nur teilweise ein Rückgang, teilweise eine Zunahme der

Hauptunterstützungsempfänger zu beobachten. Diese Zunahme trifft ganz deutlich die landwirtschaftlichen Bezirke, und zwar am stärksten Brandenburg (plus 33,3 Proz.); dann folgen Pommern (plus 31,9 Proz.), Nordmark (plus 26,5 Proz.), Ostpreußen (plus 22,1 Proz.), Niederhessen (plus 19,6 Proz.) und Ostpreußen (plus 17,9 Proz.). Andere Landesarbeitsgemeinschaften weisen auch in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern einen mehr oder minder starken Rückgang auf, der zwischen Süddeutschland (— 53,0 Proz.) und Mitteldeutschland (— 6,6 Proz.) schwankt.

Die amtlichen Stellen führen diese Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger in manchen ländlichen Bezirken auf die Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen zurück. Sie sehen eine Hauptursache für die Zunahme in dem Bezirke auf die Bedürftigkeit als Voraussetzung für die Unterstützung. Durch diesen Bezirke sind einmal die Witwe und Köhler der landwirtschaftlichen Kleinrentner, die landwirtschaftliche Arbeit außerhalb ihres Wohnorts ausüben und während der arbeitsfreien Zeit in das elterliche Haus zurückkehren, und dann die Saisonarbeiter (besonders Maurer, Zimmerer, Steinleger und Ziegler), die regelmäßig außerhalb ihrer Heimatpromis arbeiten und nur den Winter in ihrer Familie verbringen, in Unterstützung geführt worden. Die erste Gruppe wurde in der Erwerbslosensicherung vielfach überhaupt nicht berücksichtigt, der zweiten Gruppe waren zum mindesten längere Zeiträume aufgesetzt worden.

Wie kann diesen Erscheinungen begegnet werden? Es handelt sich hier vor allem um berufsunfähige Arbeitslosigkeit, die nach dem Gesetz von der Arbeitslosenunterstützung grundsätzlich nicht ausgeschlossen ist. Das Gesetz (und aber, so betont die amtliche Statistik, bewußt dem Sondercharakter dieser Arbeitslosigkeit durch Einschränkungen Rechnung zu tragen. So fordert es die Aufnahme aus berufsunfähiger Arbeit während einer berufsunfähigen Arbeitslosigkeit und zwar Aufnahme auch dann, wenn der tarifliche oder örtliche Lohn geringer ist als der frühere Lohn im eigenen Beruf des Arbeitslosen. Ferner weist die Statistik auf die Befugnisse des Verwaltungsamts hin, die Parteizelle bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit zu verlängern und eine Herabsetzung der Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung zuzulassen.

Schwierige Fragen! Sie müssen im Verlauf der nächsten Wochen bei der endgültigen Klärung der Arbeitslosigkeit durch den Verwaltungsrat der Reichsstatistik gestellt werden.

Nieders Nachfolger.



Reichsgerichtsrat Karl Lorenz.

schon bisher Stellvertreter des Senatspräsidenten Niedner, ist als dessen Nachfolger, zum Vorsitzenden des vierten Strafsenats beim Reichsgericht ernannt worden. Bekanntlich hat der vierte Strafsenat in vielen politischen Prozessen zu entscheiden.

Republikanische Mostrieh-Justiz.

Berlin, 7. Februar. (Eg.) Dieser Tage hatte sich vor dem Berliner Gericht ein Strafverfahren namens Karl Loh wegen Herabsetzung der Reichsgerichte zu verantworten. Der Verteidiger hatte am Tage des 80. Geburtstages von Hindenburg von der Reichsregierung als „Mostriehschne“ gesprochen. Das Gericht sprach den Angeklagten natürlich frei und zwar mit der Begründung, daß in dem Ausdruck „Mostriehschne“ keine Anhaltspunkte für eine Beschimpfung der Reichsgerichte gegeben sind, da die Reichsbeamten, denen mit dem Namen des Reiches nicht identisch seien, wenn auch früher vielfach das Reichsbanner in nahen Beziehungen zu einzelnen Regierungskreisen gestanden habe, so könne auch dies kein Grund sein, unter den obwaltenden Verhältnissen in der Beschimpfung der Farben des Reichsbanners eine Beschimpfung der Reichsgerichte zu erblicken. Auch reiche das Wort Mostrieh allein nicht aus, um aus ihm allein auf eine Beschimpfung der Farben des Reichsbanners schließen zu lassen.

Begegnung dieses unverschämten und löchlichen geradezu auf eine Prozedural der republikanischen Kreise angelegte Urteil ist sofort Berufung eingeleitet worden.

Volkszählung in Südtirol.

200 000 Deutsche und 48 000 Italiener.
Berlin, 7. Febr. (Eg. Frankfurt.) Aus Bozen wird gemeldet, daß die dort am 31. Dezember vorgenommene Volkszählung eine Einwohnerzahl von insgesamt 263 000 im abgetrennten Tirol ergeben hat. Davon sind nur 47 000 italienischer Zunge. Das Volkszählungsblatt „Giornale de Italia“, das von dem Ergebnis der Volkszählung Kenntnis nimmt, schreibt dazu: Die Zahl der Deutschen in Tirol sei unerheblich gegenüber den Millionen, die innerhalb der heutigen Grenzen Frankreichs, der Tschechoslowakei, Polens und Südbananiens leben.

Deutsch-französischer Handel.

Paris, 6. Febr. (Eg. Draht.) Die französischen Ausfuhr nach Deutschland sind nach der neuesten amtlichen Handelsstatistik im Jahre 1927 gegenüber dem Vorjahre um 2 Milliarden auf 6476 Millionen Francs gestiegen, während die Einfuhr deutscher Waren um 756 auf 4214 Millionen Francs zurückgegangen ist. Diese Zahlen zeigen, daß sich infolge der Fran-

coisierung der Wert der französischen Einfuhren im Jahre 1927 gegenüber dem Vorjahre in niedrigen Francbeträgen ausdrückt. Die gesamte französische Ausfuhr ist verhältnismäßig von 50 auf 47 Milliarden Francs zurückgegangen. Der Rückgang der deutschen Einfuhr nach Frankreich kann jedoch nicht allein auf diese Überänderung zurückgeführt werden. Die gesamten französischen Importe sind nämlich von 52,7 auf 46,8 Milliarden Francs zurückgegangen, also um circa 11 Proz., während die deutschen Exporte nach Frankreich um rund 15 Prozent gefallen sind.

Da sich wiederholt nicht unbedeutende Abweichungen zwischen der deutschen und französischen Handelsstatistik ergeben haben, wird zur Bereinigung der Statistiken ein Vergleich mit den deutschen Erhebungen erforderlich sein.

Die Finanzforderungen der Sozialisten.

Boincaire wird die Vertrauensfrage stellen.

Paris, 7. Febr. (Eg. Frankfurt.) In der Kommer wird heute die Finanzdebatte fortgesetzt werden. Wahrscheinlich wird u. a. auch Boincaire nochmals das Wort ergreifen, um auf die Kritik von Jean Blum zu antworten.

Die sozialistische Kammerfraktion hat inzwischen ihre Entscheidung um Finanzpolitik Boincaires eingebracht. Darin wird u. a. die sofortige Stabilisierung zu dem augenblicklichen Kurse verlangt und die Rationalisierung aller Wirtschaftszweige gefordert, die dazu reif erscheinen. Außerdem ist ein Abbau aller Verbrauchssteuern für unbedingt notwendig erklärt.

Boincaire hat angekündigt, daß er in Anbetracht der sozialistischen und radikalen Kritik die Vertrauensfrage stellen wird. Da der rechte Flügel der Radikalen der Regierung die Erlange hat dürfte, wird die Abstimmung eine verhältnismäßig harte Mehrheit für Boincaire ergeben.

Zur Lage in China.

London, 6. Febr. (Eg. Draht.) Wie aus Peking gemeldet wird, sind das dortige britische Konsulat und verschiedene britische Gebäude von Soldaten der 21. chinesischen Armee besetzt worden. Die britischen Behörden haben daraufhin einen schriftlichen Protest an den Obersten Kommandierenden der chinesischen Nationalarmee Tschiankaifeng gerichtet.

In den letzten Tagen haben Belästigungen innerhalb der chinesischen Nationalarmee mit dem Ziel stattgefunden, eine Reorganisation der bestehenden nationalchinesischen Regierung vorzunehmen und einen Parteitag der Kuomintang einzuberufen. Ferner wurde beschlossen, den Kampf gegen die kommunistische Bewegung in den eigenen Reihen zu verstärken und die bestehende chinesische Arbeiterbewegung in die Kuomintangbewegung einzugliedern.

Kommunisten überall gleich.

Paris, 6. Febr. (Eg. Draht.) Der kommunistische Parteitag hat beschlossen, die kommunistischen Kandidaten im zweiten Wahlgang auch dann aufrecht zu erhalten, wenn ein Sozialist gegen eine Reaktionen in die Stichwahl käme. Nur in einzelnen Fällen soll die Parteiregierung das Recht haben, Ausnahmen zu gestatten. Als Begründung wird mitgeteilt, daß durch die Regierung der nationalen Einigung ein Unterschied zwischen Reaktionen und Linksparleien in Frankreich nicht mehr besteht.

Der französisch-amerikanische Vertrag unterzeichnet.

Paris, 6. Febr. (Eg. Draht.) Am Montag wurde hier der französisch-amerikanische Schiedsvertrag unterzeichnet. Die Unterzeichnung war mit einem feierlichen Akt verbunden, an dem die leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes und die Mitglieder der Amerikanischen Botschaft in Paris beteiligt waren.

Durch Amerika nach Honolulu

Armer Mund spricht am Mittwoch, abends 8 Uhr,
im „Großen Stadtparksaal“

Musik- und Tanz-Vorführungen

Vorgeführt vom Musikhaus Eduard Barth und der Halberstädter
Turnerschaft v. 1861

Erwachsene 0,75 Mk. Kinder und Militär 0,30 Mk.
Vorverkauf! Schuhwaren- u. Sportgeschäft „Merkur“ Hoheweg 42
und im Zigarren-Importhaus W. Frenzen, Fischmarkt 8
Ortsverband für Leibesübungen, Halberstadt.
Städtisches Jugendamt.

**Halberstädter
Damen-Schwimmverein.**

Wir laden unsere Mitglieder ein,
zu dem Vortrag recht zahlreich
zu erscheinen. — Jugendliche
erhalten freie Eintrittskarten
vom Verein.

„Sport-Club 1910“ e. V.

Wir bitten um zahlreichen
Besuch des Vortrages.

Schwimmklub „Sport 1912“

Wir fordern uns Mitglieder auf,
sich zu dem Vortrag unseres
Amerikafahrers alle einzufind.
Jugendliche erhalten freie
Eintrittskarten vom Verein.

Fußballklub „Preußen“

Wir laden zu dem Vortrag ein.

Fußballklub „Germania“

Erscheint zahlr. zu dem Vortrag.

Buchbinder- Lehrling

findet an Eltern Stellung
**H. Meyer's
Buchdruckerei.**

**Ich suche an Eltern
einen Lehrling**
Emil Langrock,
Solzialistenstr.

**Güterb. dunkelblauer
Konfirmanden - Anzug**
billig zu verkaufen
Baumstr. 5. part.

**Teppiche — Läufer ohne
Anzahl, 1.10 Monatsrat. Miet,
Teppichhaus Kay & Wied,
Frankfurt a. M. 102.**
Schreiben Sie sofort!

**Möbelpolitur
Raisabothete.**

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Hautkränken u. offene
Wunde. Antiseptische.

Zeichnung auf die Inhaber-Zertifikate der Reichsbank über reichsmündelsichere Vorzugsaktien Serie V

der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

mit vom Reiche garantierter 7% Vorzugsdividende

Anmeldungen zur Zeichnung zu
93 1/2%, ohne Verrechnung von Stückzinsen
nehmen wir zu Prospektbedingungen
bis Dienstag, den 14. Februar 1928,
spesenfrei entgegen

B. J. Baer Bank für Landwirtschaft
Aktiengesellschaft, Filiale Halberstadt

Commerz- und Privatbank
Aktiengesellschaft
Filiale Halberstadt

Direction der Disconto-Gesellschaft
Zweigstelle Halberstadt

Boeck & Co.
Aktiengesellschaft, Filiale Halberstadt

Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Zweigniederlassung Halberstadt

Mooshake & Lindemann
Zweigstelle Halberstadt

Ernst Vogler



**Touristen-Verein
„Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Halberstadt**

Mittwoch, den 29. Februar,
abends 8 Uhr

im großen Saale des Marie-Dauhinmannhofs:

Lichtbilder-Vortrag

des Schriftstellers und Weltwanderers Eugen
Beckmann, Stuttgart:

Meine Nachkriegs-Fußwanderung durch Stalien

Eintritt im Vorverkauf 40 Pfg.,
an der Abendkasse . . . 50 Pfg.

Am gleichen Tage, ebenfalls nachmittags 4 Uhr:
Wilhelm Busch- und Märchen-Vortrag
mit prächtig kolorierten Lichtbildern
von Eugen Beckmann, Stuttgart.

Ein paar bequere Stunden für unsere lieben Kleinen.
Eintritt nur 10 Pfg., Ermäßigte 20 Pfg.
Vorverkauf bei unseren Mitgliedern und den
durch Blattsatzung kennlichten Stellen.
Hierzu ladet freundlich ein
Der Ortsgruppenleiter.

Patent-Ingenieur Böhme, Halberstadt,
Breiteweg 29, Mittl. d. Verb. Beraterpat.-Ing.

WARTBURG

Jeden Mittwoch und Sonntag
nachmittags 3 Uhr:

Künstler-Konzert

Kapelle Görcke. Eintritt frei.

Anstich von Harzer Stark-Bock!

Notieren Sie bitte!!

Habe jetzt Telefon Nr. 1595

Walter Kolek, Tischlermeister
Gleimsstraße 27 (Gegenüber dem Krankenhaus)

Raninchenzucht-Verein Halberstadt.

Am Mittwoch, den 8. Februar 1928, abends
8 Uhr, findet im „Zwischenwall“ unsere diesjähr. ge
General-Versammlung

statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt
erforderlich. Die Stammbücher der letzten Ver-
sammlung werden ausgestellt. Persönliche Grüße
und Verehrungen werden sehr herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Gemeinde- und Staats-Arbeiter.
Filiale Halberstadt.

Unter

Winterbergnügen

findet Sonnabend, den 11. Februar, 8 Uhr
abends bei Hubberg statt
Hierzu ladet freundlich ein
Der Postanschn.

Der neue **FORD**
ist hier.

Besichtigen Sie das preiswerteste
Automobil, das jemals offeriert wurde

Friedrich Reichmann

Halberstadt

Quedlinburgerstr. 3 :: Fernsprecher 1734

Modell T, fabrikenau, äußerst preiswert
2 Limousinen, 2 offene Fünftürler, 1 Zweisitzer

**Fernsprecher
Nr. 2959**

neu angelegtes
Photo-Spezialhandlung
Karl Baumann
ger. Photograb
Südweststr. Nr. 11
neben Ede-Schubstraße.

Gärge

in jeder Größe
empfiehlt an kalten
Tagen

G. Försterling
Luedlburg,
Brettelstraße 37.

Düngefall
hat abzugeben
Hermann Balster,
Bühnenstr. 11 Fernspr. 288

U. Lindenbaum!
Sonne beschützt!
Bis Donnerstag erledigt!

Wirtshaus zum „Rühlinger-See“
Mittwoch, den 8. Februar 1928

Großes Schlachtfest

ES ladet freundlich ein **Franz Loewe.**

„Wiener Kaffee“
ist täglich bei
**großer Karneval
Sternwarte**

Jeden Mittwoch
Künstler-Konzert
Anfang 3 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Heute Mittwoch frisch geschlachtet

Empfehle: Frisches Schaftees,
Leber u. Nierenfleisch, in Schmir-
braten, frische Knochen u. Gruben.
Bäckerei und Schmelzerei Palm
Schubstraße 11, Telefon 1394.

Wir verweisen unsere Mitglieder auf die
Besprechung der Bücher des 1. Quartals
1928:

Goncourt:
„Das Dienstmädchen Germinie“
Roman
Kampfmeyer-Altman:

„Vor dem Sozialistengesetz“

Krisenjahr des Obrigkeitstaates
und bitten um gefl. Mitteilung bis zum
10. d. Mts., welches Buch gewünscht wird.
Es können auch beide Bücher gegen
Zahlung des doppelten Betrages bezogen
werden. Im beiderseitigen Interesse bitten
wir den Termin unbedingt einzuhalten.

Zahlstelle des Bücherkreises
**Volksbuchhandlung
Halberstädter Tageblatt**
Domplatz 48,
Telephon 2313. Telephon 2313.

Danksagung.

Heimgeliebt vom Grabe unseres
teuren Entschlafenen sagen wir allen
Verwandten und Bekannten, insbesondere
dem Baugewerksband, dem Zentralver-
band der Arbeitsinvaliden und Herrn
Konsistorialrat Steinhausen auf diesem
Wege unseren

herzlichsten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Sieboth.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und überaus reichen Kranz-
spenden beim Heimgange unserer Lieben
Entschlafenen sagen wir allen Verwandten,
Freunden und Bekannten

unseren innigsten Dank!

Auch Dank Herrn Konsistorialrat
Steinhausen für die trostreichen Worte
im Hause und am Grabe sowie Schwester
Anna für die liebevollen Bemühungen.

Wernigerode, den 6. Februar 1928.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Gottlieb Künne.

Zur Konfirmation

nehmen unsere Leser Ihre Einkäufe
nur vor bei den Inserenten der

Harzer Volksstimme.



**Prima Mastochsenbraten
Prima Hammelbraten
Sedes Quantum la Rinderleber**
Gelernt, auf Wunsch frei Haus.

Hamburger Gefrierfleisch - Halle
Jahnhofstraße, dicht beim Markt.

Berufsschuhe

Pa. Rindleder-Arbeitschuhe,
Schaffstiefel u. Langstiefel
in verschiedenen Ausführungen.

Hermann Reinhardt,
Schuhwaren **Breitestraße 105.**

**Schloß-
Lichtspiele**

nur auf 2 Tage
Dienstag und Mittwoch
in dem großen Detektiv-Film
Das Panzergewölbe

Das Geheimnis der Masken.
In den Hauptrollen:
Ernst Reicher als Stuart Webbs
And Egede Nissen — Imogene Robertson
Johannes Riemann — Erich Kaiser-Tietz

Im bunten Filmtitel:
**Die Wandlerquelle — Granat-Granat
Denkig-Welt-Wochenberichte**
Beginn 6 Uhr und 1/2 Uhr.
Donnerstag vollständig neuer Spielplan!

Walter Aps

Untereingangsgasse
**färbt
reinigt**

Herrn-, Damen- und Kinder-Garderobe
Schoenste Behandlung Schnellste Bedienung
Solide Preise

Der Provinzialländische Landtag eröffnet.

Eröffnungsrede des Oberpräsidenten Dr. Waentig. — Die neue linkskommunistische Fraktion. — Stadt- u. Vorsteher Gen. Baer — Magdeburg Präsident des Provinziallandtages. — Landeshauptmann Hübenner über den Haushaltsplan der Provinzialverwaltung.

Merseburg, 6. Februar. Heute wurde hier der 43. Landtag der Provinz Sachsen mit einer bedeutsamen Rede des neuen Oberpräsidenten, des Gen. Prof. Dr. Waentig eröffnet. Nach Begrüßungsworten gedachte dieser Redner, des Oberpräsidenten Dr. Brüning, dem es gelungen sei, die in den ersten Jahren seiner Amtsführung die deutsche Einheit und die deutsche Republik bedrohenden Gefahren überwinden zu helfen. Der Wunsch der Schulpöligkeit in der Provinz Sachsen und ihre Ausgestaltung zu einem zuverlässigen Werkzeug staatlicher Machtentfaltung sei sein ureigenes Wert. Mit besonderer Freude begrüßte Oberpräsident Dr. Waentig in den Provinziallandtag das Parlament, das durch die von ihm einstimmig ergebene Forderung eines

einheitlichen Wirtschaftsgebietes Mitteldeutschlands

in jüngster Zeit richtunggebend für die deutsche Einheitsbewegung geworden ist. Er führte hierzu weiter aus: Preußen wird durch die Schaffung von Zweidörfern die gemeinschaftlichen Interessen Mitteldeutschlands zu fördern versuchen und sich auf dem Wege des Anstufens der dazu geeigneten Ort- und Ortschaften um eine wirtschaftsrechtlich geeichte Vorklärung bemühen. Wichtig ist auf diesem Wege bei jeder Gelegenheit der Versuch, die Wirtschaft einer allmählichen Vereinheitlichung des Wirtschaftsgebietes zu erreichen, wobei vorzüglich die bisherigen Verhandlungen mit dem Freistaat Anhalt gezeigt.

Auch der dem Landtag zur Berücksichtigung kommende Vertrag über die Vereinigung der „Girozentrale — Kommunions für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt in Magdeburg“ mit der Sächsischen Provinzialbank in Merseburg zur „Mitteldeutschen Landesbank — Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt mit dem Sitz in Magdeburg“ entspricht der Forderung des Landtages nach Vereinheitlichung Mitteldeutschlands. Eine Verfestigung der provinziell-sächsischen Stadt- und Landbevölkerung ist dem Redner ebenfalls als sehr wünschenswert.

Sehr zu begrüßen ist, fuhr Oberpräsident Waentig fort, die Förderung der Getreidewirtschaft durch die Provinzialverwaltung. Er erwähnte die Zusammenkunft der Redner, daß bei der Festlegung der Tarife der Getreidewirtschaft und Gossanfragen, die den Charakter von Aufnahmestellen annehmen können, der Grundgedanke der Vereinfachung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit Anwendung finden müsse.

Hinsichtlich des vorliegenden Haushaltsplanes anerkannte Oberpräsident Waentig den darin zum Ausdruck kommenden Willen zu äußerster Selbstbeschränkung. Mit Genugtuung stellte er dabei fest, daß die notwendig gewordenen Ersparnisse weder zu Lasten der erforderlich werdenden Anlagen noch der sozialen Aufgaben erfolgt sind. Befallen doch allein die Ausgaben für Volkswirtschaft der diesjährigen Etat mit 88,5 Mill. RM., d. h. 50,5 Prozent aller Ausgaben, in welcher Summe ein Fünftel für die Provinzialverwaltung im Jahre 1927, 30,5 Prozent im Jahre 1928 und 30,5 Prozent im Jahre 1929 vorgesehen ist. Die Senkung der Provinzialumlage um 1 1/2 Prozent wird in Stadt- und Landkreisen mit besonderer Freude begrüßt werden, da dadurch die Aufstellung der eigenen Haushaltspläne wesentlich erleichtert wird.

Hinsichtlich der gespannten Wirtschaftslage gedachte der Redner auch der Lage der Landwirtschaft. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, von denen die Provinz in den letzten Jahren schwer heimgesucht wurde. Staat und Provinz sind dabei in den gefährdeten Kreisen der Landwirtschaft zu Hilfe gekommen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit, fuhr der Redner fort, verfolge er im Interesse der Landwirtschaft die Frage der Beschä-

ftigung ausländischer Saisonarbeiter. Es werde zu prüfen sein, inwieweit dieses Uebel durch Heranziehung heimischer Arbeitskräfte beseitigt werden könne.

Wenn auch bei der Industrie ein langwieriger Wiederaufstieg zu beobachten sei, so sprechen doch die hohen Ziffern der Arbeitslosen (34.297 am 15. November 1927 und 102.171 am 15. Januar 1928) für sich selbst. Hinsichtlich der Ausprägung der Metallarbeiterfrage gedachte der Redner den Wunsch zum Ausdruck, daß der Wirtschaftsausschuß in diesem Sachverhalte möglichst bald durch beschleunigtes Entgegenkommen beendigt sein möge.

Eine schwere Belastung für die industrielle Bevölkerung bedeutet, fuhr Dr. Waentig weiter aus, noch immer die herrschende Wohnungsnot. Allerdings ist die Bautätigkeit dauernd im Wachsen begriffen. Betrug doch die Zahl der in der Provinz Sachsen zu errichtenden Wohnungen in den Jahren 1925, 1926 und 1927 rund 10.500, 13.400 und 17.000 und zwar konnten in diesen Jahren aus Hauszinssteuermitteln rund 26,7, 34,3 und 38 Mill. Mark zu Bauzwecken zur Verfügung gestellt werden, jedoch der Provinz im Jahre 1927 aus dem Wohnungsförderungsfonds etwa 3,7 Mill. Mark mehr zugeflossen, als im Jahr von dort zugeführt wurde. Trotzdem haben diese Summen nicht genügt, um die besonders in dem Industriezentrum Leuna-Bitterfeld-Zeitz bestehende Wohnungsnot zu beseitigen.

Weiterhin gedachte der Oberpräsident des Verkehrswesens, das in diesem Jahre eine größere Summe als im Vorjahre erfordert. Der Automobilverkehr stellt etwa große Anforderungen an Provinz und Kreise. Die seit etwa einem Jahre im Hauptteil des Mitteldeutschlands begonnene Bauarbeiten in Verbindung mit der bereit gestellten Mittel fortgesetzt. Es ist in Aussicht genommen, die Arbeiten im Jahre 1937 zu beenden, jedoch die Inbetriebnahme des Kanals im Jahre 1938 erfolgen kann.

Daß der diesjährige Haushaltsplan trotz der bestehenden finanziellen Schwierigkeiten nicht unbedeutliche Mittel auch zur Verwirklichung kultureller Ziele zur Verfügung stellt, gereicht der Provinz zur besonderen Ehre. Unsere Jugend benötigt weitgehende Hilfe. Ich empfehle Ihnen die Unterstützung der Jugendbewegung auf allen Gebieten.

Sehr denn je verlangt der materialistische Zug unserer Zeit die stärksten Kräfte von Kunst und Wissenschaft. Romanistik möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die hochschulische Lage unserer Provinzialuniversität Halle-Wittenberg lenken. Der Pflege bedürfen auch die Bestrebungen des Volksschauspielverbandes und der Theatervereine. Reicher Beifall beifolgt die Ausführungen des Redners.

Nachdem der Oberpräsident die Lesung des Landtages für eröffnet erklärt hatte, übernahm das Tagesmitglied des Hauses, Abg. Graf v. Posadowsky-Wehner (Spartak- und Rentnerfraktion) den Vorsitz, um die Präzedenzfragen zu stellen. Bei der Beratung der Anwesenheitsliste ergab sich, daß nur ein Mitglied, nämlich der volksparteiliche Abgeordnete Walthar (Erurt) entschuldig fehlte. Anstelle des langjährigsten bisherigen Präsidenten des Provinziallandtages des Gen. Oberbürgermeisters Weimsgaube wurde als dessen Stellvertreter der Provinzialrat, Gen. Genosse Kasperer, gewählt. Der Provinzialrat präsidierte unter dem Vorsitz der Anwesenden ihr Mitglied Holzweitzig als Gegenkandidat. Bei der Zettelwahl entfielen 78 Stimmen auf den Gen. Baer, 18 auf Holzweitzig, 1 auf den Gen. Weims, während 13 Zettel unbeschieden waren.

Genosse Baer war damit gewählt.

Er übernahm sofort auf Eruchen des Alterspräsidenten den Vorsitz. Es folgte die Wahl des Vizepräsidenten. Die zweitälteste Fraktion schlugen die Deutschnationalen den Abg. Puffenberger vor, der mit 82 Stimmen gewählt wurde. Für die Annahme des Schriftführers und Beisetzers wurden mit einer Ausnahme die bisherigen Abgeordneten wiedergewählt. Von der SPD fungierten als Schriftführer der Abg. Gen. Loth-Meyer, als Beisitzer Abg. Gen. Köhler-Beig. Hierauf folgte die Einführung der neuen Abg. Herold-Eilenburg und Melita v. Runkel-Schönfeld. Auch die bisherigen Mitglieder der Ausschüsse und Kommissionen wurden größtenteils wiedergewählt. Auffällig war, daß der Stahlhüttenführer Hillner-Salle dem Rechnungsausschuß nicht wiedergewählt.

Eine neue Fraktion.

Gegenüber wurde die kommunistische Abg. Frieda Lehmann aus der Kommission für fortlaufenden Beschäftigung der Provinzialanstalten herausgeworfen. Warum das geschah, sollte man bald erfahren. Denn unsere bewährten „Revolutionäre“ geben gleich zu Beginn jeder Tagung des Provinziallandtages den Bürgerlichen Gelegenheit zu einem entsetzlichen Geschrei. Das geht, wie wenig ernst man dort die großmühtige Partei nimmt. Dem Kundigen mußte es schon auffallen, daß die Kommunistin Frieda Lehmann diesmal nicht von ihren „Freunden“ abgelehnt wurde und damit schon anlässlich der Trennungsrunde von den Stalinisten dokumentierte. Bevor sie aber selbst irgend ein Wort der Erklärung abgegeben hatte, kam ihr ihr „Genosse“ Zeitz vor und stellte fest, daß Frieda Lehmann aus der SPD ausgeschlossen sei. „Ihre politische“ Tätigkeit ist unvereinbar mit den Pflichten eines Kommunisten und den Vorschriften der Komintern.“ Groß war natürlich besonders darüber, daß die Abg. Lehmann ihr Kommando nicht niederlegte. Mit allgemeinem Schrecken wurde natürlich der Gegenentwurf Frieda Lehmanns entgegnet. Diese meldete sich auf sofort zum Wort und führte u. a. aus, daß sie die Mandat 1925 von der damaligen SPD erhalten habe. Die heutige SPD vertrete aber nicht mehr die Linie, die man damals eingehalten habe. Sie sei daher gezeugen, im Provinziallandtag eine neue Fraktion zu bilden. Die mehr SPD-Politik werde von ihr, der linken SPD-Fraktion, fortgesetzt. Die Stalinisten hätten daher kein Recht, von ihr die Niederlegung des Mandats zu verlangen. Bedachte Braunowke von rechts beleuchteten grell die Situation.

Nach diesem Intermezzo ergriß Landeshauptmann Dr. Hübenner das Wort zu einem mehrstündigen Vortrage über den Haushaltsplan der Provinz Sachsen. Er kritisierte insbesondere die Politik der Reichsregierung und des Reichsaussenministers gegenüber den Gemeinden und Gemeindevorständen. Die alljährlichen Mandatentwässerungen würden der privaten Wirtschaft nachteilig, während die kommunalen Anstalten unter Umständen wären. In dem Verfahren des Reiches liege eine Schlichterbehandlung der öffentlichen Hand, die durch nicht gerechtfertigt ist und der Wirtschaft schaden, denn sie muß schließlich den vermeintlichen Aufwand tragen. In kommunalen Kreisen kann man sich zum Teil nicht den Eindruck verschließen, daß hinter der Kreditüberweisung für die Kommunalverbände und noch mehr hinter ihrer Billigung durch einzelne Kreise der Wirtschaft zum Teil eine wirtschaftspolitische Kritik liegt, nämlich, die Wirtschaft, den Kommunalverbänden die Bekämpfung auf wirtschaftlichen Gebiet abzugeben. Man hat früher bisweilen mit Recht von falscher Sozialstruktur gesprochen. Heute darf man die Frage aufwerfen: Ist eine falsche Sozialstruktur bedenklich?

Werbt unabhängig für Eure Zeitung!

Jungfer Mutter.

Eine Wiener Vorstadtschicksale von Ada Christen.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Auch recht!“ schrie der Leopold übermütig und lachte wie toll in das lustige blühende Gesicht.

„Wenn du mir das alles erzählst, dann heirate ich dich,“ sagte sie ernst und setzte sich wie vor Jahren auf seinen Schoß und lehnte ihren Kopf an seine Schulter.

„Gottlob! Aber würde nicht der brave Mann, wenn er so ein schönes Mädel zum Weib trügt; gut sollst du es haben bei mir wie seine in der „Blauen Gans“!“

Bier Wochen später war die Hochzeit, und Leopold dachte schmerzlichen zurück an die drohliche Verlobung am Brunnen, und darum hielt er seine Lene so fest an der Hand, damit der Ringstempel nicht fortlaufe, damit sie ihm feiner mehr nehmen könne. „Ah doch! Jetzt waren sie ja wirklich Mann und Weib, jetzt gehörte sie ihm an, er schlug seinen Arm um ihren Hals und drückte sie fest an sich, sie aber stürzte zu ihm hinauf und misperte.“

„Aber Leopold! Du lachst mir wohl!“ und sie schaute schon in dem Augenblicke, als sich der Herrere umschob, und hinausfuhr.

„Du!“ — Du Weib! Ich möchte dich mein Weib nicht mehr tun,“ sagte der junge Ehemann fast zu laut und küßte sie schallend auf die roten, wachen Lippen.

„Gehaus mich nicht, Leopold!“ lipsete sie geizig und zog den Schleier über das feingebaute Gesicht, ordnete ihre Locken und das dünne lange Kleid, dann erst horchte sie selbstgütig zu den Nachbarn hin, die alle Ohrenmühen dorbrachten.

„Jetzt geht die ganze Hochzeit in die Straßstraße, dort wird die ganze Hochzeit eingeschrieben und nachher wird geschrien, geirren und getanzt!“ rief der Laternenanzünder und streckte sich in seiner roten Säcke. Der alte Dragoon führte heute das große Wort, er war ja Brautvater, war Vormund und Bestmann, er hatte zu dieser Feier sogar seine alte Uniform herausgeholt, „Wie eine Prinzessin schaut das Mädel aus!“ brummte er.

„Gott, Laternenanzünder, ich hab's erermt mit dem Goldbüchse.“ „Ob es aber so gegangen wäre ohne mein Dreizehnen?“ rief der Laternenanzünder.

Der Leopold nicht dankbar, zog den Arm der Lene in seinen und führte sie aus der Kirche.

Draußen fand der Nachbar Krippelmacher mit seinem Sohne,

die hatten ihre Beigen mit und noch ein dritter Mannstanz war dabei, der hies die Klarinette, das es jedem durch Markt und Wein ging, als drei empfingen die Hochzeitler mit einem lustigen Marsch, dann stellten sie sich an die Spitze und gingen musizierend dem Zuge voran in die „Blaue Gans“.

War das eine Herrlichkeit! Die große Waldschneise war zum Speisestahl und Tanzsaal mit bunten Decken, Tannenzweig und weißem Zeug hergerichtet, der glühende blante Sand auf der Diele leuchtete, und als sie nach der großen Eiserne die Tische beiseite rücken und zu tanzen begannen, da ließen alle Nachbarn aus den nächsten Häusern herbei zu den Feiern, machten lange Hälfe und guckten hinein zu den lustigen Hochzeitstänzen.

Der junge Hausbesitzer, der fast immer mit dem Strohschneidermädel herumzog, und noch ein zweiter reichstümlicher Mann, der gekommen von seiner Frau teile und seines Vaters Geld wert, die beiden gingen frühzeitig hinein, schüttelten dem Leopold die Hand, fragten nach seiner Braut und schauten sich alle die anderen hübschen Mädchen an. Der junge Ehemann holte sein Weib und wie sich das Paar fast ganz allein bei dem Ehrenplatz drehte, die mädchenhafte Frau sich so diegenau und lässig bemagte und mit halbgeschlossenen Augen auf den Arm ihres Mannes stützte, da kam es den neuen Gästen vor, als hätten sie die Lene noch nie früher gesehen.

„Du, wie ist denn die so in die Höhe gekommen, ohne daß wir sie bemerkt haben?“ lachte der jüngere.

„Ward uns ungeschicklich!“ erwiderte sein Begleiter.

„Gleich nachdem der Walfar vorbeir war, bot der Leopold seiner Frau einen Stuhl, er trordnete sich die Stuhl, küßte die Lene auf die Schulter und ließ zu den Musikanten hinüber, die zwei Nachtschwärmer aber drängten sich hinter die Braut.“

„Das schönste Mädel, das ich mein Lebtag gesehen habe!“ flüsterte der barocke Burche, jedoch so laut, daß es die Lene hören mußte.

„Aber Frau, Frau! Frau, muß du sagen. Du hältst einen ganzen Krigen Krigen, nicht so einen Dreizehnenmann, der sich an schaut wie ein Bogelschreier im Saatsaal, an dem die leeren Kermet herumfliegen, wenn der Wind geht!“ spottete der andere.

Die Lene blühte zu ihrem Manne hin und schrak zusammen, dann wandte sie sich nach den beiden um, ließ einen langen Blick über die Einbringlinge gleiten und zuckte die Achseln bedauernd und obrübelnd. Als der Leopold kam, bängte sie sich an seinen Arm und sagte so laut, daß es die beiden als Antwort nehmen konnten:

„Führ mich bald heim, es sind Leute da, die nicht hergehören.“

Das junge Paar ging aus davon, ohne Abschied zu nehmen, sie liefen hinter in die stille große Straße. Die blendend weißen Vorhänge waren niedergelassen, der Tisch war weiß gedeckt und ein bunter Strauß stand neben dem Nachtschliff. Die hochgewachsenen Betten glänzten, so weiß und fein war das Bettzeug, das die Walfrauen der Lene zur Aussteuer geschenkt hatten. Mit einem leichten Seufzer schaute sich das junge Weib in dem friedlichen Gemach um. — Auch der Leopold blickte in alle Winkel, überall mietern ihm Erinnerungen entgegen. Es ist doch etwas wert, so ein altes liebes Heim zu haben, dachte er, jetzt sich nieder, zog sein schön gezeichnetes Frau auf den Schoß und sagte:

„Weißt, Lene, so find mir gefallen, wie ich heimkommen bin.“

Wie in den hellsten Tag hinein tangten die Nachbarn und noch in den Schlafmunde des jungen Paares schlichen sich die schmeichelnden Töne des Walfarers, den sie zuletzt miteinander getanz hatten.

Am Himmel stand die blaue Mondschiffel. —

Ein böses Wort verfolgte die junge Frau bis in ihre Träume, schmeckte sie auf, und mit Grauen lag sie beim klaffen Schein des Nachtschliffes, daß der Traum Wirklichkeit wurde. . .

Sich jenem frühlichen Hochzeitfest waren nun wieder zwei Wochen um. Die Lene lag in der großen Straße auf dem Fensterbrett und musterte aufmerksam die kostbar gefärbten Sommerkleider und Röcke, die draußen im Hof an der Walfschiffe hingen.

Ein Anklag in ihrem Arme, das sog und lag und lag und schmakte mit den Lippen. Die Lene trich den Scheitel glatt, zog die schweren flechtigen tiefer ins Gesicht, betrachtete aufmerksam ihre schlante Hand, schaute auf die weiche Wollhaube ihres Balens, hob dann das Kind ein wenig und lächelte ihr Kleid bis an den Hals hinauf zu. Gleichmäßig wie eine Maschine schautete sie den Kleinen hin und her und lang leise.

„Weißt dich Gott, Lene, wie gehts mit dem Bublen jetzt?“

„Du, es geht halt wie immer.“

„Du lieber kleiner Kerl, du!“ sagte die Sanne lachend und beugte ihren schlanken Körper zum Fenster hinüber, küßte das Kind und setzte sich vor auf den der Lene gegenüber auf das Fensterbrett.

„Kommt aus der Stadt?“

„Ja, ich war die Walfschiffe abliefern. Ich bin allemal froh, wenn ich wieder daherkommen bin, die vielen Leute, die Wagen, der Kärm! ganz dumm kommt mich mir vor, wenn ich außer unserem Haus bin.“

Wenigeröder Angelegenheiten.

Wenigst, 7. Februar.

Der Kleingarten im Februar.

Arbeitsplan und Düngung.

Im Monat Februar beginnt der Kleingärtner mit dem Kasten der Obstbäume. Stamm und Äste der Bäume sind vorher sorgfältig von Moos und Flechten zu reinigen. Die Kastenmischreite man am besten aus leicht gelöstem Kalk.

Jetzt und da wird der Kleingärtner auch die Düngung der Bäume nachzusehen haben. Ob man Rinderdung oder Pferde- düngung, hängt von den Bodenverhältnissen ab. Zu empfehlen ist, insbesondere gemischten Düng zu nehmen, weil er sich auf der Düngeschicht des Bodensitzes anpasst. Die Erfahrung lehrt, daß er für alle Böden gleich gut verwendbar ist. In sandigen und kalkreichen Böden, ferner in heißen trockenen Lagen ist der Gebrauch von Rinderdung zu empfehlen, weil er weniger schnell verweht und der Boden nicht noch heißer und bröcklicher macht. Am schwereren Boden ist Pferde- oder Kuhdung wegen seiner kräftigen Wirkung mehr am Platze als Rinderdung. 1000 Teile Pferde- oder Kuhdung enthalten 5,8 Teile Stickstoff, 2,8 Teile Phosphorsäure, 5,3 Teile Kalk und 21,1 Teile Koll. In 1000 Teilen Rindermist sind dagegen nur 3,4 Teile Stickstoff, 1,6 Teile Phosphorsäure, 4 Teile Kalk und 3,1 Teile Koll enthalten. Danach ist der höhere Preis, der in der Regel für Kuhmist gefordert wird, durchaus unberechtfertigt, denn der Rindermist enthält besonders reichlich jene Stoffe, die für das Gedeihen der Pflanzen von großer Wichtigkeit sind.

Am besten, die durchwurzelten Obstbäume ist es überhaupt, Stallmistdüngung anzunehmen, weil die festen Massen des Uringer- stoffes des Bodens erweichen. Hier hilft man sich durch Anmischung des soich wirkenden Handabfalls. An Dünger, Stroh- und Aufgusspflanzen werden große Erfolge erzielt, wenn man neben der Stallmistdüngung auch Handabfallergüsse benutzt. Die Urstoffe dieser Ergüsse sind in der Regel, daß Zugerschnittstücke gewöhnlich aus Quitt, Doucin- und Karabispflanz besteht sind.

Bereitungsarbeiten werden im Februar mit Jauche gebüht. Eine gute Qualität und eine reiche Ernte kann nur durch sorgfältig geführte Düngung erzielt werden. Ist die Bereitung von Jauche (Hühner- und Strohjauche) noch jung, so muß allmählich im letzten Frühjahr um jeden Strauch etwas Stallmist gebracht werden, der sofort leicht untergearbeitet ist. Auch gut verwirklichte Schmelze, möglichst aus solchen Gruben, wo nach alter Weise für regelmäßige Eintritte von Stroh oder Torfmüll abgesetzt wird, sind ein guter Dünger, der sich auch für ältere Pflanzen eignet. In der Regel wird dieser Dünger im Spätherbst abgesetzt und gleich untergearbeitet. Im Februar macht sich, wie bereits oben gesagt, das Gehen von Jauche notwendig; jedoch muß die in der Jauche fehlende Phosphorsäure ersetzt werden und zwar gibt man eben Herbst pro Strauch etwa 50 Gramm Thomasmehl oder im Frühjahr dieselbe Menge Superphosphat. Auch während der Entmistung der Beeren und kurz nach der Ernte ist ein Jaucheguß von Vorteil. Düngelasse kann man in humusarmen Böden nur in Verbindung mit organischem Dünger verwenden, weil ausreichen- dem Humusgehalt für die Bereitung der Jauchedüngung. Man düngt deshalb den Strauch alle 2 Jahre mit 30 Gramm 40prozentigen Kalksalz und, falls Jauche nicht vorhanden ist, oben mit die Straucher trotz reichlicher Jauchedüngung schwachen Ertrag zeigen, alljährlich im Frühjahr bei Beginn des Triebes mit etwa 20 Gramm Chlorsalze oder am Laufe des Winters mit 25 bis 30 Gramm Chlorsalzeure Ammoniak. Ist der Boden kalkarm, so gibt man alle 3 Jahre pro Strauch gemahlene totenkornen Kalk bei leichtem Boden oder 150 Gramm gebrannten Kalk bei schweren Böden.

Im Gemüsegarten kann bei frostfreiem Boden die Aussaat von Mören, Spinat, Zwiebeln, Petersilie, Weißkohl, Zuer- und Schwarzwurzel, Puffbohnen und Erbsen beginnen. Hier ist nochmals auf die Wichtigkeit der Schwarzwurzelkultur hinzuweisen, die dem Kleingärtner wenig Schwierigkeiten macht und sehr lohnend ist. Schwarzwurzeln werden im Februar oder März in Reihen ausgesät. Die angedeutete Saat ist so zu verteilen, daß der Abstand von Pflanze zu Pflanze — 10 cm beträgt. Bei frühzeitiger Aussaat ist die Kultur einjährig, sonst zweijährig. Im Oktober oder werden die winterharten Wurzeln ausgegraben und zwar muß das sehr vorsichtig geschehen, weil bei der Verletzung der Wurzel Milchsaft entströmt, wodurch sie unbrauchbar und mürbe wird. Die Schwarzwurzel erfordert sonniges, gut- dringendes und gut gelodertes Land. Sie leidet der Boden ist, desto größere Erträge sind zu erwarten.

Im Februar werden auch Frühkartoffeln angepflanzt, wodurch man sie zur Anpflanzung vorbereitet. Man nimmt kleine bis mittelgroße Kartoffeln (am besten ungeschüttelten) und legt sie in einen hohen Kasten mit feuchtem Sand oder Torfmüll, der in einem warmen Raum aufgestellt findet. Das Anpflanzen beginnt

Die Bane nicht und schaute nachstehend auf das dunkle Kleid der Bane. Es war auch ein gar schickliches Gewand, zugeschnitten wie für eine Kanne, ohne jeden Knopf, und als die Bane das schöne Weibchen höher hinaufstiegen bis zu dem Kopf der andern, da lächelte sie behäutert.

„Wer wird sich die Haare so glatt hinter die Ohren streichen; wie das Weibchen auslief!“ dachte die Bane.

Eigentlich war die Bane nur größer geworden und sah geordneter aus, sonst war alles gleichgeblieben an ihr, das siehliche still- freundliche Kindergefläch, die anpreisende schmale Gestalt, das verführerische Gebahren, die weiche, sich gleichsam in sich selbst ver- bergende Art.

„Dein Mann ist mir auch begegnet“, rief Bane mit unsicherer Stimme an, „obst du vielleicht Verdruss mit ihm gehabt?“

„Warum?“ fragte die Frau gehend.

„Weil, weil er hat so wild herumgehaut hat. Seine Strafen- fächer hat er auch zumungelächelt; so ist er meistens, wenn es um Hause ... wenn du ...“

„Da, weißt du, sollst halt freudvoller mit ihm sein, er tut ja alles, was er dir von den Augen absieht“, erwiderte das Weibchen kleinlaut.

„Nicht ist der Bub fast sechs Monate alt und die ganze Zeit hat er Tag und Nacht geschrien, soll ich da vielleicht allemal lachen?“

„Aber dafür kann doch dein Mann nichts! So ist es bei jeder Mutter und meiner und allen Weibern gegangen. Keine Mutter machen halt Verdruss und Sorgen“, sagte sie kleinlaut und frauenhaft. „Die arme Hanna hatte ja ihre längeren Beschwister aufziehen helfen, sie mußte ein Lied davon zu singen.“

„Verdruss und Sorgen genug!“ grünte Bane. Der Bub nimmt mit der schicklichen Zeit mehr, immer mehr die da haben, er macht mich um zehn Jahre früher aus und vor der Zeit gebildet, das weißt du.“

(Fortsetzung folgt)

Schafft Siedlungsgelände!

Das Bauprogramm der Heimstättenbauvereinschaft.

Halberstadt, 7. Februar.

Am gestrigen Dienstag fand im Wiener Hof eine Verammlung der Heimstättenbauvereinschaft statt. Die Verammlung wurde von Kol. Otto mit begründeten Worten eröffnet. Kol. Otto erklärte, daß die Siedlungsgelände nicht in unserer Stadt existieren. Der Vorsitzende der Vereinschaft, Herr Traute, erklärte, daß die Siedlung mit begründeten Worten und nahm dann zu einem in der Stadt umlaufenden Bericht Stellung, das wissen will, die Baugelände hätten die Straßen- bauforderungen nicht befreit. Das treffe für die Heimstätten nicht zu. Sie habe alle Straßenkosten bis auf einen geringen Teil bezahlt, über dessen Höhe sich Magistrat und Heimstätten nicht einig werden konnten. Es handelt sich um die Straßenbaukosten für den Nord- und Südweg. Einunddreißig Jahre nach Fertigstellung der Straße seien die Kosten der Vereinschaft erst befreit gewesen, trotzdem verlange man aber für die ganze Zeit rückwärts die Zinsen. Die Vereinschaft habe sich dagegen abgesetzt aus dem Gehaltengang heraus, das es nicht ihre Schuld sei, wenn nach fast zwei Jahren erst die Rechnung komme und daß auch die Anwohner dieser beiden Straßen vor der Befreiung zu Schlimmes durchgemacht hätten, daß es wohl angebracht wäre, für diese Zeit die Zinsen fallen zu lassen. Falls aber der Magistrat auf Zahlung bestände, habe der Vorstand der Vereinschaft vorgeschlagen, diese Zinsen mit auf die Forderungen zu nehmen. Nur über die Kosten für die Straßen spreche man Verhandlungen. Dann kam der Vorsitzende auf das neue Bauprogramm zu sprechen. Viele Siedlungsgelände, die den ganzen Straßen entlang und sich selber ein Heim schaffen wollen, in dem sie sich nicht fühlen, haben sich gemeldet, aber noch immer nicht hat die Stadt genügend die Zinsen Hypotheken bezahlt hat, das Unternehmen also finanziert ist. Die Vereinschaft muß solange weiter bauen, wie es noch einen einzigen Wohnungslöcher gibt. Die Schwierigkeiten liegen an den Verhältnissen. Die Stadt könne heute kein genügendes Bauland zuweisen. Die Vereinschaft habe verlegt, an der Ringstraße Gebäude zu erhalten, daß sie dies für Industralgelände vorgehen. Dann ist an das Gelände an der Ringstraße gedacht, wo jetzt einige Häuser der strebsamen Siedler gebaut wurden. Mit diesem Plan könne sich aber die Vereinschaft nicht einverstanden erklären, da es dann über ein Gemisch von Industrie- und Wohngebäude gebe. Man habe der Vereinschaft auch empfohlen, in der Gartenstadt zu bauen. Die Gartenstadt müsse aber erst dem Verdruss abgeschlossen werden. In der Ost- und Südstraße der Stadt, wo gebaut werden könnte, hat die Stadt aber das Gelände nicht in der Hand und vor allem hat sie keine Möglichkeit, es in ihren Besitz zu bekommen, d. h. es den Siedler zu einem angemessenen, nicht etwa Spekulationspreis abzugeben. Hier steht die Obescheidung. Wenn wir das Städtebaugesetz hätten, wäre die Stadt in der Lage, das Gelände an sich zu bringen. Dann könnte der Ausbau der Stadt wirklich nach einem bestimmten Plan vorgenommen werden. Es ist zu vermeiden, daß gegen die Befreiungen der Siedlungsgelände sich die Hausbesitzer wenden. Der Hausbesitzer würde nämlich keine Mitglieder aufgeführt, alle Parteien, die sich offen oder verdeckt für Sozialleistungen und Bodenreformbestrebungen einsehen, richtungslos zu betämpfen. Deshalb ergebe die Zulassung an alle Siedlungsgeländesiedler.

Geben Sie bei den kommenden Wahlen zum Reichstag, Landtag oder zu den Kommunen keinem Kandidaten Ihre Stimme, der sich gegen die Bodenreform einsetzt!

ungefähr am 10. April. Man pflanz in 40 cm von einander entfernten Reihen und gibt den Kasten innerlich der Reihen einen Abstand von 20 cm. Damit die Sonnenwärme besser Zutritt findet, bedeckt man die Saatkornreihen höchstens bis zu 5 cm mit Erde. Trieb Spätkorn ist, so ist die Anlage durch Stroddünen zu schützen.

Im Blumengarten sind die Beschlägegruppen bei milder Witterung anzubringen; auch ist Zeit, den Schnitt zu schneiden. Bei allen Sämlingen findet sich jedoch ein verästeltes Knäuel, der Keimling ist tragbar. Man istet ihn am besten durch Schwefelwasserstoff im Licht Kilogramm auf ein hohes Alter Wasser). Weiter ist daran zu erinnern, das Aufschicht auszuführen.

Gewerkschaftsarell.

Am Montagabend fand im Monopol die gut besuchte General- verammlung des Ortsauschusses statt. Die Verammlung wurde von Kol. Otto mit begründeten Worten eröffnet. Kol. Otto erklärte, daß die Siedlungsgelände nicht in unserer Stadt existieren. Der Vorsitzende der Vereinschaft, Herr Traute, erklärte, daß die Siedlung mit begründeten Worten und nahm dann zu einem in der Stadt umlaufenden Bericht Stellung, das wissen will, die Baugelände hätten die Straßen- bauforderungen nicht befreit. Das treffe für die Heimstätten nicht zu. Sie habe alle Straßenkosten bis auf einen geringen Teil bezahlt, über dessen Höhe sich Magistrat und Heimstätten nicht einig werden konnten. Es handelt sich um die Straßenbaukosten für den Nord- und Südweg. Einunddreißig Jahre nach Fertigstellung der Straße seien die Kosten der Vereinschaft erst befreit gewesen, trotzdem verlange man aber für die ganze Zeit rückwärts die Zinsen. Die Vereinschaft habe sich dagegen abgesetzt aus dem Gehaltengang heraus, das es nicht ihre Schuld sei, wenn nach fast zwei Jahren erst die Rechnung komme und daß auch die Anwohner dieser beiden Straßen vor der Befreiung zu Schlimmes durchgemacht hätten, daß es wohl angebracht wäre, für diese Zeit die Zinsen fallen zu lassen. Falls aber der Magistrat auf Zahlung bestände, habe der Vorstand der Vereinschaft vorgeschlagen, diese Zinsen mit auf die Forderungen zu nehmen. Nur über die Kosten für die Straßen spreche man Verhandlungen. Dann kam der Vorsitzende auf das neue Bauprogramm zu sprechen. Viele Siedlungsgelände, die den ganzen Straßen entlang und sich selber ein Heim schaffen wollen, in dem sie sich nicht fühlen, haben sich gemeldet, aber noch immer nicht hat die Stadt genügend die Zinsen Hypotheken bezahlt hat, das Unternehmen also finanziert ist. Die Vereinschaft muß solange weiter bauen, wie es noch einen einzigen Wohnungslöcher gibt. Die Schwierigkeiten liegen an den Verhältnissen. Die Stadt könne heute kein genügendes Bauland zuweisen. Die Vereinschaft habe verlegt, an der Ringstraße Gebäude zu erhalten, daß sie dies für Industralgelände vorgehen. Dann ist an das Gelände an der Ringstraße gedacht, wo jetzt einige Häuser der strebsamen Siedler gebaut wurden. Mit diesem Plan könne sich aber die Vereinschaft nicht einverstanden erklären, da es dann über ein Gemisch von Industrie- und Wohngebäude gebe. Man habe der Vereinschaft auch empfohlen, in der Gartenstadt zu bauen. Die Gartenstadt müsse aber erst dem Verdruss abgeschlossen werden. In der Ost- und Südstraße der Stadt, wo gebaut werden könnte, hat die Stadt aber das Gelände nicht in der Hand und vor allem hat sie keine Möglichkeit, es in ihren Besitz zu bekommen, d. h. es den Siedler zu einem angemessenen, nicht etwa Spekulationspreis abzugeben. Hier steht die Obescheidung. Wenn wir das Städtebaugesetz hätten, wäre die Stadt in der Lage, das Gelände an sich zu bringen. Dann könnte der Ausbau der Stadt wirklich nach einem bestimmten Plan vorgenommen werden. Es ist zu vermeiden, daß gegen die Befreiungen der Siedlungsgelände sich die Hausbesitzer wenden. Der Hausbesitzer würde nämlich keine Mitglieder aufgeführt, alle Parteien, die sich offen oder verdeckt für Sozialleistungen und Bodenreformbestrebungen einsehen, richtungslos zu betämpfen. Deshalb ergebe die Zulassung an alle Siedlungsgeländesiedler.

Es sind in Halberstadt mit 600 Haushaltungen mehr als Wohnungen vorhanden sind. Das zeigt mit aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, zu bauen und zu bebauen.

Darauf nahm Gartenbaupinspector Deide das Wort zu einem Vortrag über

die Verwendung des Torfmülls und der Torfstreu im Garten.“ Der Gärtner und Kleingärtner müsse sich mit der Kenntnis der verschiedenen Eigenschaften des Torfs, der die Fruchtbarkeit auflaut und Stickstoff und Ammoniak bindet, zur Bodenverbesserung zu Hilfe machen. Man kann Torfstreu und Torfmüll für den Komposthaufen verwenden. Die Abfälle aus Garten und Haus werden mit diesem Müll durchsetzt, damit sie werden dann noch besser getreut. Wenn man den Hausen dann zwei Jahre liegen lasse und inzwischen mehrmals umsetze, erhalte man die beste Erde. Torf könne aber auch zur Bodenverbesserung insofern gebraucht werden, als man ihn anleuchtet und untergibt. Vor allem aber sei Torf angebracht bei der Kleintierhaltung. Siedlungsgelände und Kleintierhaltung gehören zusammen. Es empfiehlt sich die schichtweise Unterbringung in den Ställen, d. h. man nehme die erste Schicht nicht gleich wieder aus dem Stall, sondern gebe eine neue Schicht darauf. Diese Märrage werde gut, wärme und sei hochwertiger Dünger. Auch die Pfanzgruben der Bäume und Büsche sollte man mit einem Gemisch von Torf und Erde ausfüllen, weil sich die Wurzel gleich nach dem Torf freude. Darauf sprach Frau Rittel-Schmeid in über

praktische Räden.

Heute noch ist die Frau, wie zu Großmutter Zeiten, stets an die Küche und den Haushalt gebunden, obwohl die Zeiten sich wesentlich verändert haben. Wir leben im Zeitalter der Technik. Aber die Technik geht vor allem die Hauswirtschaft ziemlich wirkungslos vorüber. In 12 Millionen Haushaltungen werden in Deutschland 19 Millionen Personen beschäftigt. Das zeigt, daß die Hauswirtschaft die größte Beruf ist. Es geht darum die Hauswirtschaft zu vereinfachen, also die Frau mehr von der Hausarbeit zu entbinden. Dazu trägt vor allem die Mechanisierung bei. Man will nicht mehr die Wasche, sondern nur einige ganze wenige Leinen, sowohl für Küchengeräte, als auch für Arbeit. Arbeit kann dann eine ganze Reihe interessanter Beispiele, die die Notwendigkeit der Rationalisierung der Hauswirtschaft zum Wohle der Hausfrau dargelegen. — Darauf befragte sich die Verammlung noch mit organisatorischen Fragen.

Es ist sehr bedauerlich, daß in unserer Stadt noch kein genügendes Gelände für die Siedlungsgeländesiedler vorhanden ist, obwohl viele Baufällige auf ein eigenes Heim warten. Man sollte bei der Zumeisung an die Siedlungsgeländesiedler auch stets daran denken, daß nicht nur das eigene Heim eine Rolle spielt, sondern auch der Siedlungsgelände. Die in den Siedlungsgeländen organisierten Bürger wollen Siedler sein, d. h. einen Garten haben, in dem sie das nötige für den Hausbedarf bekommen. Es wollen sich aber auch Kleintiere halten können. Deshalb sollte die Stadt bei der Zumeisung des Geländes darauf achten, daß die Baugelände nicht zu klein sind, jedoch ein einen Siedlungsgelände nicht nicht gesprochen werden kann. Auch das Verbot, an mehreren jetzt erhaltenen Siedlungsgeländesiedler Ställe zu errichten, verdrängt gegen den Siedlungsgelände. Siedlungsgelände und Kleintierhaltung gehören, wie auch Garteninspektor Deide sagte, eng zusammen. Häuser ohne Stall und mit 200 qm Garten sind keine Siedlungsgelände.

den die Kol. Grimme, Sod, August Witte und als Ergänzung der Kol. Schlegel bestimmt. Kol. Dierbeck teilte dann mit, daß der Betrag für den zu Innezeit einbehaltenen Tag Wertes nachgezahlt wurde. Es sei zu bebauen, daß sich nicht alle Kollegen meldeten, da es eine größere Summe Geldes den Arbeitlosen werden gegangen sei. Darauf wurde beschlossen, die Siedlungsgelände vorzunehmen. Scharf wandte sich die Verammlung gegen das Überbetonen, weil bei den Kennzeichnungarbeiten. Das Kartell soll, dagegen ausgehoben. Darauf wurden noch einige Veranlassungen besprochen, womit die Sitzung ihr Ende erreicht hat.

— Ein Paar unerschöpfliche Ausreißer scheinen der am 12. Jan. 1912 geborenen B. und der am 17. März 1913 geborene S. von hier zu sein. Von wiederholten Mal sind beide ihren Eltern ausgezogen. So auch dieser Tage wieder. An Hannover wurden die beiden Ausreißer aufgegriffen, und der Vater des einen hat am Sonntag beide wieder nach hier gebracht.

— Vogel flieg. . . . Ein junges Mädchen aus der Altenburgerstraße scheint ebenfalls ihrem Wandertriebe am Freitag gefolgt zu sein. Die 17jährige hat sich zu Hause einen kleineren Geldbetrag angeeignet und hat damit das Weite gesucht. Der Vater hat Straf- antrag gestellt.

— Dienstag und Mittwoch, Stuart Weiss in den Schiffs- kläpfeln. Stuart Weiss ist wieder aufstehen und wird Dienstag und Mittwoch, also nur 2 Tage, seine Anhänger und Freunde in dem Großgetriebe-Film „Das Panzergefecht“ begrüßen. Kaiser Ernst Reider als Stuart Weiss spielen in den Hauptrollen und Gebe Rifen, Simone Robertson, Johannes Niemann, Siegfried Arno und Erich Kaiser-Tieg mit, die dem Film ein besonderes Gepräge geben. Den Inhalt des Films zu erzählen, hieße dem äußerst spannenden Film seinen Reiz zu nehmen. Der bunte Film zeigt eine Großsalle „Die Wunderquelle“, einen interessanten Kulturfilm „Granat — Granat“ und die beliebte „Deilig-Weil-Wochenend“. Die Vorstellungen beginnen wie immer um 6 Uhr und 8.30 Uhr.

— Achtung! Arbeiterorganisationsrat! Dienstag, 28. Februar, wollen sämtliche auf dem Boden der freien Gewerkschaftlichen, politischen und politischen Bedenken stehenden Organisationsrat freistellen, da der Arbeiter-Verbands-Ausschuß zum Todestag unseres verstorbenen 1. Reichspräsidenten Gen. Ebert eine Totengedenkstunde veranstaltet.

Aus Halberstadt.

* Zur Wahl von Betriebsräten. Eine außerordentlich wichtige Entscheidung hat der Minister für Handel und Gewerbe unterm 21. September 1927 getroffen, die im Ministerial-Blatt der Handels- und Gewerbeverwaltung Nr. 25 zum Abdruck gelangte. Rentierte Arbeiterbeiräte werden nicht länger, die vom Gesetz vorgeschriebene Wahl von Betriebsräten vornehmen zu lassen, weil sie wählten, daß das Gesetz eine Zügel enthält. Alle Arbeiter, die an die Gewerkschaftsbeamten haben, was die Rechte auch in fast allen Orten zeigt, sind genügt. Auf Anregung der Gewerkschaften

hat die SPD. im Reichstag eingeleitet, diesen Mangel abzuhelfen. Am sozialpolitischen Ausschuss sprach sich der Vertreter der Regierung gegen diesen Antrag aus. Er erkannte wohl die Mängel des Gesetzes an, glaubte aber, daß es richtiger sei, wenn das Arbeitsgericht den Rechtsstand beibehalte. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion verlangte, daß bezugslos aus die Gewerkschaften das Recht hätten, das Arbeitsgericht zur Bestellung des Wahlprüfandes anzurufen. Dazu kommt der Regierungsvertreter keine Zugabe machen. Es bleibt also abzuwarten, wie die Angelegenheit im Reichstag ergeht. Am 14. März wird vom Berliner Polizeipräsident ein solcher Arbeitsvertrag in Strafe mit 300 RM. genommen worden, weil er keinen Wahlprüfand für die Betriebsvereinbarung bestellte. Diese Anordnung ist nunmehr allen Gewerkschaften, Beamten, Regierungspräsidenten usw. ausgegangen, um zünftig darauf zu handeln. Gegen diese Anordnung des Polizeipräsidenten erhob der betr. Arbeitgeber Beschwerde, die aber der Minister für Handel und Gewerbe als unbegründet zurückwies. In diesem Bescheid heißt es wörtlich: Ihre Beschwerde richtet sich dagegen, daß das Reichsgrundgesetz für die Anordnung der Artikel 14 der Reichsverfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1383) herangezogen worden ist. Es wird von Ihnen der Einwand erhoben, im vorliegenden Falle gewähre der Artikel 14 der Reichsverfassung dem Herrn Polizeipräsidenten keine Ermächtigung zu der Anordnung, weil die in Betracht kommenden Bestimmungen bereits in den §§ 9 ff., insbesondere in § 9 des Betriebsvertrages enthalten seien. Dieser Einwand ist unzutreffend. Die §§ 9 ff. enthalten nur Strafvorschriften. Anlaß ihrer Anwendung, über öffentlich-rechtliche Verpflichtung aus dem § 1 in Verbindung mit § 23 Abs. 2 und 3 des Betriebsvertrages nachzukommen, besteht ein gesetzlicher Zustand, der zwar nach dem von Ihnen angezogenen § 9 ff. des BVerf. nicht den Tatbestand einer freibaren Handlung darstellt, dessen Begehung aber Recht und Pflicht der Landesbehörden ist. Gemäß Artikel 14 der Reichsverfassung werden die Reichsgesetze durch die Landesbehörden ausgeführt, soweit nicht die Reichsgesetze anderes bestimmen. Da ein überweisendes Reichsgesetz nicht besteht und auch besondere Ausführungsbestimmungen des Reiches auf Grund des § 101 des Betriebsvertrages nicht ergangen sind, haben die nach der allgemeinen Verwaltungsorganisation der Länder nach dem Reichsgesetzgebungsorgan (Landesrat) der Landesbehörden (Landesverwaltungsbehörden) für Berlin der Polizeipräsident, die Ausführung dieses Gesetzes zu überwachen und gegebenenfalls mit den gesetzlichen Zwangsmitteln auszuführen, das der zwingenden Bestimmung des § 1 des BVerf. Gehör verschafft wird. Dieser Befehl ist endgültig. Es gibt überall solche Arbeitsverträge. Dieser Befehl des Ministers mag manchen zur Warnung dienen. Es ist an der Zeit, daß den Arbeitern nicht wichtige Rechte aus dem Arbeitsvertragsrecht deswegen verloren gehen oder geschmälert oder erzwungen werden, weil der Arbeitgeber in seinem Betrieb keinen Betriebsrat aufstellt.

Kreis Halberstadt.

Derenburg, 6. Februar. (Kassensperrebestimmungen v. e. i. n.) Die Bildhauer-Vereinigung der Ostpreußen-Kassensperre des Kassensperrebestimmungsvereins am Sonntag im Osthalt zum „Reinen Adler“ hat bei den Besuchern guten Anklang gefunden. Herr Rieneke führte die Vorführung einen einleitenden Vortrag über Ziele und Ziele der Fortbildung voraus und betonte u. a., daß mit dem zunehmenden Umfange des Feuerbestattungsgewerks aus die Kassenleistungen bei den Bestattungen verschwinden würden. Das heutzutage einen Schritt vorwärts. Im letzten Teil seiner Ausführungen sprach Rieneke noch auf die Bestimmungen des Vereins ein, zu dessen Gründung die Vereinigung der ersten Berliner Krematoriums die Veranlassung gegeben habe. Für Fortsetzung nimmt Reineke, dem entgegen: Bürgermeister a. D. Wegner.

Aus Wehrstedt.

(Schreibervereinigung.) Am 4. Februar fand im Lokal Rade eine Mitgliederversammlung des Schreibervereins „Wehrstedt“ statt. Nach einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden, teilte er gefällige Einzelheiten mit. Durch die Elternschaften in letzter Zeit machte sich die Besetzung von rund 100 Stellen notwendig. Ferner wurde mitgeteilt, daß der Postdirektor, welcher bisher Vierteljahrs 5 Mark bezog, jetzt 6 RM. beträgt. Ueber die Ausbildung, Bodenbearbeitung und Spählingbestimmung sprach dann sehr interessanter Schriftführer Bach und erzielte starken Beifall. Zur Verfügung der Mühe, Erdräten und Mautwägen sollen mehrere hundert Bänderarbeiten bestellbar werden. Wie im Vorjahre, wird auch in diesem Jahre der Verein seinen Dingen und Sozialerfortschritte fördern. Die Einzelheiten hierzu liegen demnächst im Lokal Rade aus. Ferner wurde benannt, daß bei den allgemeinen Gartenarbeiten, welche demnächst wieder beginnen, zu wenig Arbeitskräfte vorhanden sind. Der Gartenausbau wird für nächste Jorgen.

Aus Eichersleben.

(Eine romantische Reise an den Rhein.) Am Donnerstag, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr in der Aula des Reform-Vereins in einem Bildhauer-Vortrag für die arbeitende Jugend der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei veranstaltet. Der Eintritt selbst ist frei. Jeder Zugewandte muß hierzu erscheinen. Eintritt müssen auch die Gesoninnen und Gesonnen kommen.

(SPD.) Mittwoch, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr im Stadtpark. Mitgliederversammlung. Gen. Krebs eröffnete Bericht über die Stadtdirektorenversammlung. Ferner werden die ersten Vorbereitungen für die Wahlen getroffen. Ergeben aller Mitglieder ist einstimmig.

Aus Quedlinburg.

(„Der wirft den ersten Stein.“) Bereits die 5. Aufführung dieses Stückes, veranstaltet von den Arbeiter-Comittees, fand am Sonntag, den 4. Februar statt. Auch diesmal war sehr starker Besuch zu verzeichnen. Nicht unwürdig die Aufführung. In einleitenden Worten sprach der Redner, Dr. Fiedler über die Beschäftigtenfrage. Er warnte vor Kuriositäten und sprach über die Bestimmung dieser Krankheit. Abends begann die Aufführung. Am Abschluß wurde ein Gedicht im Reine von einer Dichterin vorgelesen. Es hat Ursprung bekommen und wird zu Frau und Kindern heim. Nach Ende des Stückes sah man ihn wieder zu Hause bei Weib und Kind. Doch das erhoffte Glück fehlte. Nachdem er seine Frau beim Urin angesetzt und diese nichts gegen die Krankheit unternommen hat, hat sie jetzt unter fortwährenden Leiden und körperlichen Qualen zu leiden. Sie litt unter Mann, ist doch von den Kindern durch den Tod zu verlassen. Der Mann erliegt schließlich seine Frau. Vor Bericht öffnete sich beim Zugang. Die Aufführung hat sicher viel zur Aufklärung beigetragen.

(Aungjostischen.) Wir beteiligen uns am Mittwoch abend am Kurhus des Diszasschusses der freien Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus. Am Sonntagabend müssen alle zur Redemeyer-Versammlung erscheinen.

(Krisen-Feindfreunde.) Am Donnerstag müssen alle Kinder um 6 Uhr am Hofplatz sein. Wir gehen wieder zum Gewerkschaftshaus.

(Diszasschuss der freien Gewerkschaften.) Am Mittwoch abend 8 Uhr ist der nächste Kurhusabend im Gewerkschaftshaus. Stadtrat Prof. Köhler spricht weiter über die Spruchprognose im Arbeitsvermittlung- und Arbeitslosenversicherungsgesetz.

(SPD-Frauengruppe.) Am Mittwoch, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus unsere nächste Zusammenkunft statt. Gen. Vornberger spricht über „Frauengruppe u. Hausfrauenvereine“. Außerdem werden Gesoninnen aus der Gruppe anwesend sein. Wichtiges Gelingen ist erforderlich.

(Baugewerksbund.) Morgen, Mittwoch abend 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine fällige Monatsversammlung statt. Das Gelingen aller Kollegen ist erwünscht. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Kreis Quedlinburg.

Neinlich, 6. Februar. (Kette Autoinsassen.) Wie erst jetzt bekannt wird, kam am letzten Sonntag die in der Steuertrache wohnende Frau M. nachmittags gegen 4 Uhr die Eubender Chaussee entlang. Hinterwegs ging ihr Pech los, denn der Fahrer, obwohl sie es merkte. Als er zum Überholen vor einem Lenzwagen überholte, merkte sie nun, daß der Fahrer, der gehen habe, daß während einiger Zeit die Auto die Chaussee polierte. Aus demselben folg, einige hundert Meter vom Johannhof entfernt, eine Dame, nahm etwas auf und stieg wieder ein. Es besteht der feste Verdacht, daß der Pech gefahren und mitgenommen wurde. Da derselbe bis heute im biesiger Gemeindevorstand nicht abgeklärt wurde, ist wohl anzunehmen, daß der Fund in der nächsten Woche. Wer jagdliche Angaben machen kann, wird gebeten, dies unverzüglich zu tun.

Das Volkshaus Sachsen-Anhalt.

Das Volkshaus Sachsen-Anhalt trat am 1. Februar mit seinen Vorführungen in den Dienst der sozialistisch-gesinnten Bevölkerung. Es soll besonders in allen Landorten verstanden werden, Filme zu zeigen, die für die wertvolle Bevölkerung eine Belebung bringen. Die Reaktion mit ihren ungeheuren Geldmitteln hat in der letzten Zeit sich eine ganze Reihe von Autos mit Filmapparaten angeschafft zu dem burschenschaftlichen Zweck, Wahlpropaganda in kleiner oder größerer Form zu machen. Aus unsrem Bezirk liegen Mitteilungen vor, nach denen die „Dewal“ verurteilt in den einzelnen Gemeinden Kinovorstellungen zu treffen. Wir zweifeln nicht daran, daß der Erfolg im Regierungsbezirk Magdeburg nicht größer sein wird als im Hallischen Bezirk. Die wertvolle Bevölkerung trieb die Reaktion nicht auf den Leim. Sie hält ihre Zügel zu und gibt ihr Geld für niedrigerer Zwecke aus.

Unser Kampf gegen die „Dewal“ und andere Unternehmungen darf aber nicht nur negativ sein. Der Film und das Lichtbild bieten uns Aufführungsmöglichkeiten, die bisher von der republikanischen Bevölkerung nicht genügend beachtet worden sind. Das muß und soll jetzt anders werden.

In den letzten Tagen und Quedlinburg werden ab 1. Februar Tag für Tag Vorführungen des Volkshaus Sachsen-Anhalt stattfinden. Die vorgeführten Filmstreifen haben vor allem bildende und erzieherischen Wert. Als Hauptfilm wird „Der Kreuzzug des Weibes“ gezeigt, ein Filmstreifen, der die Propaganda gegen den mörderischen § 218 des Strafgesetzbuches unterstützt und die Befreiungsbestrebungen der Frauen fördern soll. Daneben werden der Kulturfilm „Lustige Hygiene“, die Volkswirtschaft und einige kleine Filme aus dem Gebiete der Arbeiterunternehmungen gezeigt. In allen Veranstaltungen sprechen wir den politischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte durch den sozialistischen Kampf zur Beweiskraft. Auch für musikalische Unterhaltung ist gesorgt. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Er ist äußerst niedrig gehalten und deckt die entstehenden Unkosten kaum.

Am den Vor- und Nachmittagen sollen Kinderveranstaltungen getroffen werden mit einem vollkommenen neutralen und erzieherisch einwandfreien Programm. Als Hauptfilm wird gezeigt „Die Kinderrepublik Gotem“, der Film der Kinderfreunde, die im vergangenen Jahre bei Kiel eine mehrwöchige Zusammenkunft in einem Festlager hatten, dazu die Kinderveranstaltungen betrug 20 Tage.

Wir erliegen die republikanische Bevölkerung, die Filmveranstaltungen des Volkshaus Sachsen-Anhalt zu besuchen und im Kreise der Bekannten für den Besuch zu werden.

Bezirksbildungsaussch. S. A. Crummenet.

Provinz und Nachbarstaaten.

Die Straßenbauverwaltung des Provinzialverbandes.

Der Denkschrift zum Haushaltsjahr 1928, der dem in dieser Woche zusammen tretenden Provinzialparlament zur Beschlußfassung vorliegt, entnehmen wir folgenden Abschnitt über die Straßenbauverwaltung:

Die Ausgaben für die laufende Unterhaltung der Provinzialstraßen, die mehr oder weniger zwangsweise sind, sind zu 1.000.000 RM. veranschlagt. Die Zahl der umzuweisenden Sozialisten mußte von 12 im Jahre 1927 auf 5 im Jahre 1928 verringert werden. Die Kosten werden 165.000 RM. betragen. Das neben ist noch ein Betrag von 200.000 RM. vorgesehen, der für den bringend notwendigen Umbau der Seitenränder und der Straßenbrücke am Übergang von Kreiswegen veranschlagt ist. Ein Kostenanschlag liegt noch nicht vor, da die Ausgestaltung von der Bewilligung des Eiser-Sozial-Komitees abhängt. Auch die Erneuerung der Großpflasterstraßen ist auf ein geringes Maß beschränkt (rd. 400.000 RM.). Es ist zwar vorgesehen, daß zahlreiche Städte und Dörfer sich in einem schlechten Zustande befinden. Da die Gefahr des städtischen städtischen Zusammenbruchs hier oder nicht vorliegt, und die Dörferstädte bei dem vorliegenden langsame Fortschritts tempo nicht allzuweit empfinden werden, läßt sich eine gewisse Zurückhaltung noch rechtfertigen. Für die Umwandlung von Kiesbahnen in Steinpflasterstraßen können leider nur 100.000 RM. eingesetzt werden. Mit diesem Betrage soll westlich von Ulmenburg ein Teil der bei schlechtem Wetter unbenutzbaren und für Volkstrassen ständig gefährdeten Kreisstraße mit Steinpflaster bestellbar werden. Das umzuweisende Stück bildet einen Teil der Straße Halle-Delitzsch-Ulmenburg-Torgau, deren hinfälliger Ausbau im Jahre 1927 begonnen ist, um den Osten der Provinz an Stelle anzuschließen. Wärferegebundene Deden werden nur in einer Länge von 6.652 km (80.000 RM.) ausgestellt werden, und zwar nur in den

Streifen Gießerstraße und Schloßungen, wo die Baustoffe in unmittelbarer Nähe gewonnen werden können. Erfolgreich stellt erfordert die Erneuerung der Oberflächenbehandlung (377 Kilometer für 1.018.000 RM.). Zu behalten sind die früher auf mauergebundene Straßen aufgetragene Oberflächentierungen und die Oberflächen der Zementbetondecken. Während die Ergänzungen je nach der Verkehrsfähigkeit ständig erneuert werden müssen, wird die Zahl der Erneuerungen bei den Straßenbauarbeiten nach Bildung einer genügenden Sperrhöhe abnehmen. Bei dem ungenügenden Verhältnis, welches zwischen der Länge der noch umzuweisenden Straßen und der Höhe der verfügbaren Mittel besteht, muß mit der Herabsetzung der in der Anlage verhältnismäßig billigen Straßentrassen fortgefahren werden, es wird also in Zukunft mit steigenden Ausgaben für Oberflächentierungen gerechnet werden müssen. Nach Abzug der vorerwähnten Kosten stehen für den hochwertigen Ausbau ungenügend bestelliger Straßen noch 4.800.000 RM. zur Verfügung. Bei der Verteilung dieses Betrages ist versucht worden, einen Ausgleich zwischen dem Verkehrsbedürfnis und den Möglichkeiten auf die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Baumaßen zu finden. Der Straßenbau wünscht einen jähen Ausbau langer Strecken. Die Unterhaltungskosten und die Lebensdauer der verschiedenen Bauarten sind ihm im allgemeinen gleichgültig. Für die Verwaltung ist dagegen die Rentabilität einer neuen Herstellung von außerordentlicher Bedeutung. So könnte es zum Standpunkt des Kraftfahrers aus erwünscht sein, alle Straßen sofort mit Oberflächentierung zu versehen, welche in vielen Fällen seinem Bedürfnis voll entsprechen würden. Die Verwaltung möchte dagegen wissen, wann sie die Frage lediglich von der wirtschaftlichen Seite aus zu entscheiden hat, die Straßen mit Kleinpflaster, Asphaltstein oder einer anderen hochwertigen Herstellungsmasse auszuführen. Diesen verschiedenen Ansprüchen ist Rechnung getragen, soweit es der Zustand des Straßennetzes und die Möglichkeiten auf die Ausführungsmöglichkeit zulassen. Der Betrag von 4.800.000 RM. würde ausreichen, um bei Verwendung von Kleinpflaster etwa 65 Kilometer, bei Verwendung von Asphaltstein etwa 100 Kilometer Straßen umzubauen. Derartig geringe Straßenlängen würden dem Verkehrsbedürfnis aber in keiner Weise Rechnung tragen. Es ist daher beschloffen, zwar einen Teil des Mittels für Baumaßen mit länger Lebensdauer (22,7 Kilometer Kleinpflaster und 14,08 Kilometer Asphaltstein) mit einem Kostenaufwand von 1.698.000 RM. bzw. 715.000 RM.) zu verwenden, für den Restbetrag von 2.890.000 RM. aber rund 121 Kilometer Straßentierentafeln auszuführen, so daß im ganzen rund 158 Kilometer Straßen neu bestellbar werden. Der Asphaltstein soll auf dem von Magdeburg nach Norden und nach Nordosten nach Osten und Westen führenden Ausfallstraßen verwendet werden. Die Kleinpflasterstraßen werden 8 Landesbauämter verteilt. Die Herabsetzung der Oberflächenbehandlung und der Zementbetondecken erfolgt in eigener Regie, nachdem die im Jahre 1927 im großen Maßstabe unternommenen Vorläufe besser gelaufen sind, als angenommen werden konnte.

Das Hatzburg, 6. Februar. (Einen sehr lieben Scherz) erlaubt sich jemand auf der Straße Hatzburg-Singberg. Einmaliger Kellner bestand sich gegen 10 Uhr nach Eröffnung seiner Geschäfte in Bettingerode im Auto auf dem Wege nach Bettingerode. Nach kurzem der Wald erreicht wurde, mußte das Auto halten, da ein Baumstamm quer über die Straße gelegt war. Die Insassen des Autos drängten wohl zuerst an einen beschleunigten Überfall und hielten zur Sicherheit erst umhauen, bevor sie das Hindernis beseitigten. Da niemand mehr in der Nähe war, mußte es sich wohl um einen Dummengünstigen handeln, der leicht Unheil selbst anrichten konnte.

Das Hatzburg, 6. Februar. (Flügelverehr.) Der am 28. April 1928 in Berlin stattete Sommerfest der Deutschen Jugendhilfe sieht die Gründung eines besonderen Flügelvereins vor. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen wird im kommenden Sommer ein intensiver Vortragslehre von der Deutschen Jugendhilfe eingerichtet, der sich auch auf den Jagd erstreckt. So sollen Hildesheim, Goslar, Bettingerode und Quedlinburg berücksichtigt werden. Als Flugplätze für Hatzburg soll auch offiziell in allen Vororten usw. Goslar fungieren. Nach Hatzburg über Goslar, werden sehr günstige Flügelverbindungen bestehen.

Scherte, 6. Februar. (Motorräder auf Rufen.) Motorräder mit Schneefahrern, das ist jetzt das Neueste, was auf den Gebirgsstraßen des Ostpreußen zu sehen ist. Ein erfindungsreicher Kopf, der ebenfalls das Gelingen auf den Straßen irritiert oder gefährlich hätte, brachte zuerst rechts und links seines Kraftwagens Schneefahrer an, ähnlich wie in einem Aussehen. Andere machten diesen praktischen Versuch nach und fanden im alten Tempo, trotz der Glätte, ungefährdet dahin.

Wolkenstein, 6. Februar. (Ein schwerer Unglücksfall) ereignete sich im Steinbruch der Firma Bürgerbus hierorts. Der Arbeiter Karl Rumpf jun. aus dem benachbarten Brandersode wurde von einem abwärts rollenden Felsblock getroffen und ungefähr drei Meter mit in die Tiefe gerissen. Schwer verletzt wurde er von seinen Kameraden in die Gabeln getragen. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus in Wolkenstein gebracht, um dort in einem doppelt hohen Krankenwagen und einer Krankenschwester nach Hildesheim zu fahren. Er hat Knochen hoch lag. Ferner hatte der Verunglückte seiner Verletzungen am Kopf, so daß die Überführung in das Krankenhaus angeordnet werden mußte.

Geln, 6. Februar. (Schwer verunglückt) ist in Wiedenborj bei dem Sandwirth Kührer der ehemalige russische Kriegsangehörige und Soldatführer Zitta. Er war beim Rittschiffen bestellbar, was in einer Tonne geschah. An dieser Stelle lag wohl ein polnischer Gabel gebildet haben, denn als Zitta die Walle im Fuß verirrte, erfolgte plötzlich ein explosionsartiges Emporwachen der Rittschiffen und Zitta infolgedessen das Gefühl, so daß für beide Wunden große Gefahr bestand. Der Verunglückte wurde sofort nach Magdeburg ins Krankenhaus überführt.

Nordhausen, 6. Februar. (Gasvergiftung.) Beim Umlegen der Gesteinung in dem herrschaftlichen „Haus der Jugend“ wurden zwei Arbeiter und ein Angehöriger von ausströmenden Gasen überfallen. Alle drei fielen ohnmächtig zu Boden; doch führte der Vorarbeiter Kommerberg, der auf einer Leiter stand, rechtzeitig unglücklich, daß er sich eine erhebliche Kopfverletzung zuzog. Durch künstliche Atmung konnten alle drei Verunglückten gerettet werden.

Magdeburg, 6. Febr. (Ein Fall für den Verhafteten) Freitag abend gelang es der Magdeburger Kriminalpolizei, einem mehrmals verurteilten Hallenstrolacher Kaufmann wegen falschgünstiger zu verhaften. Der falschgünstiger hatte bei verschiedenen Groveleranstalten Matras in der Form von Geldstücken bestellt, die er angeblich zur Steinpflasterbestellung brauchte. Schließlich erlaubte sich eine der Firmen bei der Wannischen Münze in Berlin, die mittelste, es handelte sich um einen Vorfall gegen das Ministerium für die Kriminalpolizei darauf den Verdächtigen beobachtet, wurde festgehalten, daß ein „Schotolabverhaftung“ nicht die Rede sein konnte. Der falschgünstiger hatte die Herleitung von Ziffern nicht aufzukommen, doch waren die Vorstellungen dazu bereits abgeschlossen. Er ist gefällig.

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Verkaufspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Frangobrief, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Einzelne Heftchen 10 Pfennig und zwar mittig, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, am nächsten Vater und Agenturen entgegen- genommen. Abnahme u. Druckerei: Halberstadt, Dampflag 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. M. E. S. Verantw. für Inhalt u. Wirtschaft: Arthur Wollenbush, für den übrigen Teil: Richard Wuttke, für Name u. Inhalte: Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Beilagenzeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Anzeigen in der bei Jahrsanfang vorliegende letzte Spalte. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Nr. 2314), Hoffmanns-Platz Wuppertal 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 33.

Wittwoch, 8. Februar 1928.

3. Jahrgang.

Der Völkerbund bleibt in Genf.

Die Veröffentlichung eines Artikels in der Pariser Zeitung „Ceclair“ in dem für die Verlegung des Völkerbundes in Genf nach Wien Stimmung gemacht wird, hat in einem Teil der deutschen Presse aufgeregt Kommentare ausgelöst. Man erklärt in diesem Artikel eine „französische Propaganda gegen den Anschluss“, weil von dem Augenblick an, wo Österreich den Sitz des Völkerbundes beherbergen würde, der Neutralitätscharakter des Landes automatisch und auf unabsehbare Zeit kontaminiert wäre.

Diese Aufregung steht in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Zustand. Die Wahrheit ist, daß einige angesehene Journalisten vor längerer Zeit einen Vorschlag im Sinne der Verlegung des Völkerbundesekretariats von Genf nach Wien in Betracht haben, nicht etwa, um dunklen, bodenpolitischen Zielen zu dienen, sondern lediglich, um sich Stoff für sensationelle Reportageartikel zu verschaffen. Der Vater der Idee ist ein Amerikaner, White Williams, derzeitiger Vorsitzender der Vereinigung der Völkerbundjournalisten, der sich in Genf langweilt. Er hat vor Jahresfrist Wien kennen gelernt und war von der Donauluft, ihrer Lage, ihrem Aussehen, ihrem Leben und Treiben bei Tag und bei Nacht begeistert. Von diesem Augenblick an legte er sich in seinem Kopf, den „New York Times“, vor dem Gedanken der Verlegung mächtig ins Zeug. Diese in seinem Kopf entstandene Idee für ihn auch zugleich den Vorwand für eine ganze Anzahl von Interviews mit österreichischen Persönlichkeiten für eine Frage: Wie denken Sie über Wien als Völkerbundssitz?

Da Mr. Williams ein unter den Vertretern der internationalen Presse sehr beliebter Kollege ist und da er nicht der einzige Journalist ist, der sich in der großen Stadt langweilt, ist es ihm gelungen, verschiedene Briefvermittler für seinen Vorschlag zu interessieren. Der Hauptpolizist des „Ceclair“, der zugleich Vertreter der anglo-amerikanischen Nachrichtenagentur „Geograph Telegraph“ ist, hat nun den Gedanken Williams zum Gegenstand eines Artikels gemacht. Da aber dieser franko-englische Journalist ein Bureau vertritt, teineswegs deutschbündlicher Mann ist,

hat er ausdrücklich unterstrichen, daß der Plan gar nicht gegen den Gedanken des Anschlusses gerichtet sei. Gerade das aber macht die deutschsprachige Presse mißtraulich und schon wird von ihr gegen diese „neue französische Intrige“ Alarm geschlagen.

In Wirklichkeit ist die ganze Angelegenheit schon deshalb nicht ernst zu nehmen, weil außer den betreffenden Journalisten und einigen Beamten des Sekretariats, denen die Wiener Wädel mit Recht sympathisch sind als die Genferinnen, niemand ernsthaft die Verlegung wünscht. Chamberlain denkt nicht daran, die von ihm ohnehin als lästig empfundene viermonatige Reise im Jahr zum Völkerbundssitz um einige 15 Stunden zu verlängern; Briand ist froh, daß Genf nur 10 Stunden von Paris entfernt ist und über Nacht erreicht werden kann; Stresemann wird sich hüten, ein neues überflüssiges Hindernis gegen den Anschluß mutwillig aufzurichten; Scialoja würde sich im roten Wien als Vertreter der faschistischen Regierung nicht übermäßig wohl fühlen — kurz, alle maßgebenden Staatsmänner sind sich darin einig, an Genf festzuhalten. Außerdem wird demnach die Entscheidung über den Entwurf eines neuen Völkerbundesatzes am Vier des Gesandten Sees fallen und mit dieser Millionenaussage wird zugleich das Problem, ob Genf oder Wien, endgültig gelöst sein, (sofern es überhaupt jemals ein solches Problem gegeben hat.) Dann wird auch Mr. White Williams sich nach einem anderen Stoff für seine Sensationsreportagen umsehen müssen.

Dementi des Völkerbundes.

Berlin, 7. Februar. (Hf.) Das Völkerbundesekretariat hat, wie uns aus Genf gemeldet wird, am Montagabend alle Meldungen bemerken lassen, denen zufolge irgend ein greifbarer Plan, der sich auf die Verlegung des Völkerbundes nach Wien bezieht, an zuftändiger Stelle bekannt wäre.

Schlecht geleimt.

Die Differenzen im Zentrum.

Baden, 6. Febr. (Hf.) Am Sonntag wurde in Hamm im Westfalen der Parteitag für die westfälische Zentrumspartei abgehalten. Reichstagsler Marx, der das Hauptreferat halten sollte, war durch Krankheit am Erscheinen verhindert. An seiner Stelle sprach Reichstagsler Dr. Schreiber. Er deutete an, daß eine Einigung in der Schlußfrage nicht mehr zu Stande kommen werde und erklärte, daß die Regierungsrichtlinien, die bei der Bildung des Bürgerblocks aufgestellt worden seien, auch für jede kommende Koalition die Regierungsgrundlagen bilden würden. Am Mittelpunkt der Tagung stand eine Rede des Abgeordneten



Heinrich Imbich.

Er führte aus: „Wir haben erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei gehabt. Es handelt sich nicht um persönliche Gegensätze. Es handelt sich um weitgehende, fast alle Meinungsverschiedenheiten. Deshalb ist die Angelegenheit nicht mit einer leichten Erklärung aus der Welt zu schaffen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, die Wähler aufzuklären und offen in der Partei zu reden, denn schließlich sind die Wähler und nicht die Intranten in Berlin die wichtigsten Anstöße. Ich stelle ausdrücklich fest, die Differenzen sind noch nicht erledigt, sie lassen sich nicht erledigen durch schöne Erklärungen, dafür können sich die Arbeiter heute kein Pfund Brot kaufen. Meiner Auffassung nach hat die Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Dingen folgende Zuflüsse vertreten. Das gute Herz, welches man für die Beamten offenbart, sollte man auch für die Arbeiter haben. Es ist das Notwendigste, daß wir für jeden Arbeiter Arbeit und Brot schaffen. Die Partei hat die Pflicht, nach dem Stahten zu leben!“

„Zahlreiche Arbeitervertreter stimmten in einer Disziplin Imbich zu. Danach sprach Abg. Stegerwald, der ebenfalls sehr heftig die Haltung des Zentrums in der Frage der Arbeitslosenunterstützung kritisierte und forderte, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung des Arbeiters gebessert werden müsse. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die westfälische Zentrumspartei einmütig auf den Boden der Entschließung stellt, die am 29. Januar in Berlin beschloffen wurde. Sie erneuert sie in allen Teilen und erneuert das Bekenntnis zum heutigen Staat.“

Der Reim vom 20. Januar hat nicht lange gehalten, der Reim in der Zentrumspartei klafft auf neue. Die Zentrumspartei, die auf dem Parteitag der westfälischen Zentrumspartei erheblichen Einfluß hatten, haben das Manifest in ihrem Sinne aufgefaßt, im Sinne des Kampfes der drei Arbeiter innerhalb des Zentrums. Selbstverständlich sind die Differenzen im Zentrum nicht erledigt. Große soziale Gegensätze lassen sich nicht durch Erklärungen aus der Welt schaffen. Die Regierung des Bürgerblocks hat das ihre getan, um die Meinungsverschiedenheiten zu verschärfen. Die Wirkung von einem Jahr Rechtspolitik läßt sich nicht aus der Welt schaffen, selbst wenn die Führer des Zentrums nicht fähig der benutzenden Welt überzustimmen, sich zu vertragen.

Die Dinge sind nicht mehr in ihrer Hand. Es sind stärkere Kräfte, die im Zentrum wirken, als geschickte Regierkräfte der Führer. Herr Marx ist zu wenig frei wie die Herren Stegerwald und Imbich. Es sind die sozialen Kräfte des Großbürgerums, der hohen Beamten, der politischen Räumler im Zentrum, die Herrn Marx nach rechts gezogen haben. Wenn Herr Stegerwald gegen Herrn Marx aufbegehrt, wenn Herr Imbich in fernerer Sprache offen herausragt, was ist, so werden sie vorwärts getrieben durch die täglich wachsende Erregung in den Reihen der Zentrumsparteiler. Herr Imbich würde, wenn er seinen Bericht lesen würde, das Manifest vom 29. Januar sei der Ausdruck des goldenen Zeitalters, mit Wohlgefallen empfangen werden. Er muß dem Willen der Bergarbeiter Ausdruck verleihen, wenn er nicht die Verbindung mit ihnen verlieren will.

Die Reichstagsopposition des Zentrums hat ihre Macht, die auf Stimmen der christlichen Arbeiterwähler beruht, gebraucht, um die Interessen der Arbeiterklasse mitzuführen zu retten. Die Erschütterung, die sie damit in die Reihen der Zentrumsparteiler gezogen hat, ist so gewaltig, daß die Arbeiter die Zentrumspartei nicht nur unter dem Gesichtspunkt des politischen Möglichen kritisch

Das Ende eines Märchens.

Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitslosigkeit.

Am den letzten Wochen sind in der Reichspresse, vor allem in den Organen des Landbundes, ungeduldrige Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung gerichtet worden! Man erklärte den Spargen der Arbeitslosenversicherung während des letzten Winters kurzzeitig mit dem Begriff der Bedürftigkeitsprüfung. Richtig ist, daß vor allem in den ländlichen Bezirken eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen ist. Wenn auch die amtlichen Stellen in den letzten Tagen in einer hitzigen Darstellung als eine Ursache für die Zunahme den Bericht auf die Bedürftigkeit als Voraussetzung für die Unterstützung bezeichnet haben, so muß demgegenüber auf Grund einer inzwischen erfolgten genaueren Nachprüfung der Zahlen daran festgehalten werden, daß in die wesentlichen Ursachen der sprunghaften Steigerung der Unterstützungsleistungen der Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung nicht mit eingerechnet werden kann. Zu diesem Resultat kommt aus einer Darstellung, die jedoch im Reichsarbeitsblatt Nr. 4 vom 1. Februar 1928, nichtamtlicher Teil veröffentlicht wird.

Aus der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung geht hervor, daß bei vorläufiger Schätzung die Zahl der Fälle, in denen Unterstützungsleistung mangels vorliegender Bedürftigkeit abgelehnt wurden, mit 5 Prozent der Zahl der Unterstützungsleistungen angenommen worden ist. Wenn man von der durchschnittlichen Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der bisherigen Erwerbslosenversicherung, zum Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 mit rund 0,9 Millionen Personen ausgeht, dann bedeutet, so wird in der Darstellung des Reichsarbeitsblattes hervorgehoben, die vorerwähnten 5 Prozent, eine Zahl von 45 000 Personen, mit deren Mehrerhebung in die Unterstützung zu rechnen war. Daß diese Zahl an der Jahreswende 1927-28 sich in diesem Rahmen gehalten hat, ergibt sich aus den Erhebungen. Danach sind in den 13 Landarbeitsamtsbezirken die Zahl und Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger in Orten mit weniger als mehr als 10 000 Einwohnern zusammengefaßt worden. Wenn man auch die nach der Einkommensart geschiedenen Unterstützungsleistungen nicht vollkommen mit den statistischen Begriffen „Stadt“ (mehr als 10 000 Einwohner) und „Land“ (weniger als 10 000 Einwohner) identifizieren kann, so kann man doch von der Annahme ausgehen, daß in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern der Arbeitsmarkt in größerem Umfang von Handel und Absatzkraft beeinflusst wird, während in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern die Abhängigkeit von der Landwirtschaft vorherrschend ist. Während die Zahl der Ablehnungen wegen mangelnder Bedürftigkeit in den industriellen Bezirken sicherlich nur eine sehr geringe Rolle gespielt hat, ist im Gegensatz dazu die Bedeutung der Bedürftigkeitsprüfung in den landwirtschaftlichen Bezirken ohne Zweifel eine weitaus größere gewesen. Wenn man in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken die Entlastung während des Jahres 1927 betrachtet, so zeigt sich, daß sich Zunahmen von Unterstützten nur in den Landesarbeitsamtsbezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niederachsen ergeben, während die Unterstützungsleistungen in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern

in den übrigen Landesarbeitsamtsbezirken mehr oder minder geringer sind als am 1. Januar 1927. In den 6 Bezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niederachsen beträgt nun die Zunahme nur fünf Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern insgesamt rund 48 600 Personen.

Diese Differenz ist nicht in der Darstellung der Statistik zu



bei der letzten Reichstagswahl ein Viertel aller für die Deutsche Volkspartei abgegebenen Stimmen aufgebracht hatte und jetzt für die Kandidatur Dr. Aufseher eingetreten ist, hat die Wahlkreisauswahlprüfung am letzten Sonntag verfallen, nachdem sein Antrag, die Kandidatenfrage von der Tagesordnung abzulehnen, abgelehnt wurde. Die Kandidaten sind also ohne Mitwirkung des Kreisverbandes benannt worden.

Mit anderen Worten: Reich und Volk! Aus seiner Kandidatur ist trotzdem nichts geworden.